



Wochenchrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Abspaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 27. Berlin, 7. Juli 1934. 15. Jahrg.

Inhalt: 2. 205. Fremde Gewalt über Memel. / S. 214: Politische Innenpolitik. / S. 215: Schicksal des deutsche Wirtschaftsbüro in Litauen. / S. 217: Innenpolitische Entwicklung in Lettland und Estland. / S. 218: Der Ausbau des sowjetischen Eisenbahnnetzes. — Litauische Republik. / S. 219: Nationalsozialismus und Weltfragen. / S. 220: Polen kämpft um seinen Export. — Aufgliederung des ostpreussischen Industriegebietes. / S. 221: Das „Reich des Meeres“ in Ostpreußen. — Die politischen Arbeiter in Frankreich. — Die Wirtschaft im Baltikum. / S. 222: Zeitungsdruck in Litauen. — Der russische Staat. / S. 223: Litauenpolitik. / S. 224: Bänder.

Fremde Gewalt über Memel.

Trotz der sich stetig steigenden Angriffe von litauischer Seite hatte der Präsident des Memeldirektoriums Dr. Schreiber auf dem Posten ausgeharrt, auf den er durch das Vertrauen der Memelbevölkerung gestellt worden war. Am 28. Juni versuchte nun der litauische Memelgouverneur Dr. Raokas, den Präsidenten zunächst zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Als ihm das nicht gelang, erklärte er Dr. Schreiber für abgesetzt und berief den Litauer Martin Keisgys zum Präsidenten, der seinerseits zwei weitere Litauer, das Mitglied der Landratschafskammer Martin Smeilins aus Mas-Majuden und den Kulturinspektor des Kreises Heydrung Albert Jonuschat aus Heydrung, ins Direktorium berief.

Es handelt sich hier um einen offenen Bruch des Memelstatus. Im dessen Artikel 17 Abs. 2 heißt es: „Der Präsident wird vom Souveränen ernannt und bleibt so lange im Amt, als er das Vertrauen des Landtages hat. . . . Das Memeldirektorium muß das Vertrauen des Landtages haben und muß zurücktreten, wenn der Landtag ihm kein Vertrauen versagt.“ Demnach hat der Memelgouverneur zwar das Recht, den Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen; er hat aber keinesfalls das Recht, den Präsidenten abzusetzen, solange dieser das Vertrauen des Landtages besitzt; und er ist auch nicht berechtigt, dem Memelgebiet einen Präsidenten aufzuzwingen, der nicht das Vertrauen des Landtages genießt. Es besteht nun aber kein Zweifel, daß Dr. Schreiber gegen den Willen des Landtages und damit gegen den Willen der meist überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebietes von dem litauischen Gouverneur abgesetzt worden ist; und ebenso ist es von vornherein klar, daß der von Raokas neu ernannte litauische Präsident vom Memellandtag glatt abgelehnt wird. Das Direktorium Schreiber war rein deutsch; das entsprach auch der Zusammenfassung des im Jahre 1932 gewählten und noch heute bestehenden Landtages, unter dessen 29 Abgeordneten sich 24 Deutsche befinden. Jetzt ist die Spitze der Selbstverwaltung des Memelgebietes durch Rechtsbruch und Gewalt in die Hand eines Direktoriums gelegt worden, dessen Mitglieder zwar Memelbürger sind, aber politisch völlig außerhalb der memelländischen und d. h. der ganz überwiegend deutsch-germanen Volksgemeinschaft stehen.

Die Abberufung Dr. Schreibers ist mit derselben zielgenauen Begründung erfolgt, die schon seit Monaten in der litauischen Hebe gegen ihn, als den Repräsentanten der Memelautonomie, als richtunggebend erschien. Das betreffende Schreiben des Gouverneurs an Dr. Schreiber beginnt mit den Worten: „Da ich Ihre und des von Ihnen geleiteten Direktoriums Tätigkeit und Haltung hinsichtlich der Sozialistischen Volksgemeinschaft und der Christlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft als für die Unversehrtheit des litauischen Territoriums gefährlich erachte, . . .“ Diese selbe Argumentation hat sich natürlich auch der neuem, vom Gouverneur dem Memelgebiet aufoktroyierte Präsident Keisgys zu eigen gemacht; er spricht in einer von der litauischen Telegraphenagentur verbreiteten Rundsendung davon, daß sich im Memelgebiet, „von einer fremden Macht unterstützt, unter dem Besenkment des Status staatsfeindliche Organisationen gebildet“ hätten, „die das Gebiet Litauen entreißen und die Autonomie vernichten wollten“. Das von ihm geleitete Direktorium werde „solche staatsfeindlichen Elemente nicht dulden und mit aller Strenge ihnen eine weitere Tätigkeit unmöglich machen.“ Diese Begründung des litauischen Gewaltaktes widerspricht den Tatsachen. Niemand im Memelgebiet und im Reich hat jemals ernstlich daran gedacht, das Gebiet

dem litauischen Staate mit Gewalt zu entreißen. Alle Bemühungen von litauischer Seite, etwas Derartiges nachzujawen, sind fälschlich und verlogen, sind in unermessbaren Verdrüssungen und bösmütigen Entstellungen steckengeblieben. Wenn man aber auf litauischer Seite wirklich von der Wahrheit der gegen die deutschen Memelländer erhobenen Vorwürfe überzeugt sein sollte, so könnte man darin nur die Aufregung eines geradezu mitleidserregenden Minderwertigkeitsbewußtseins erblicken; und zwar eines Minderwertigkeitsbewußtseins, von dem weniger das litauische Volk als solches, als gerade seine herrschenden Kreise angefaßt der nationalsozialistischen Erneuerung im deutschen Reichbarlande erfaßt worden sind. Diese Kreise verlassen in ihrem Volke den Glauben zu erwecken, daß die litauische Selbständigkeit nur durch die Entbehrung des Memelgebietes, des „litauischen Zugangs zum Meere“, zu sichern sei, — während sie in Wirklichkeit durch eben diese Politik ihr Volk um die gemäß nicht zu verachtende Freundschaft eines großen Nachbarvolkes betrügen.

Die Ablehnung des vom Vertrauen der Memelbevölkerung getragenen Direktoriums ist der schwerste Schlag, den die vom Gouverneur Raokas getretene „Regierung der harten Hand“ bisher gegen die vertriebenen Rechte des Memelgebietes geführt hat. Es liegt ganz offensichtlich ein Fall vor, der das Eingreifen der Signatur mächte verlangt. Das Vorgehen der Litauer im Memelgebiet ist eine glatte Verhöhnung der für die Einhaltung der Bestimmungen des Memelgebietes verantwortlichen Mächte und eine dreifache Spekulation auf deren Anaktivität. Diese Spekulation scheint vorerst freilich nur allzu richtig zu sein. Weder Italien noch Japan, noch England und am allerwenigsten Frankreich lassen irgendwelchen Eifer in der Memelfrage erkennen. In Paris, wo noch der alte Geist von Versailles unumstränkt herrscht, neigt man offensichtlich dazu, das rechtsbrüchige Vorgehen Litauens im Memelgebiet als eine neue Schwächung Deutschlands mitkommen zu beifügen. Tokio ist zu sehr mit eigenen großen Problemen beschäftigt, um sich mit dieser ihm fern liegenden, europäischen Angelegenheit zu befassen. Und in Rom und London hält man wohl die Frage nicht für wichtig genug, um sich überhaupt mit dem ohnehin schwermigen französischen Partner auseinanderzusetzen. Immerhin hat man dort wohl doch das Gefühl, daß in Memel ein Unrecht geschieht und daß es ein unüberdiger Zustand ist, wenn ein kleines Land vier Großmächten, die bestimmte Garantien übernommen haben, ganz unverhohlen seine Mißachtung auspricht, wie Litauen dies durch sein Verhalten im Memelland tut. Daß die Memelfrage mehr als eine bloß lokale Angelegenheit ist, darüber scheint man sich namentlich in London und Rom nicht imreinem im klaren zu sein. Man hat wohl verstanden, daß dem Hafen und Handelsplatz Memel dank seiner geographischen Lage eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Weltwirtschaft der osteuropäischen Dinge zukommt und doch zukommen kann, und daß es nicht gleichgültig sein wird, wie die nationalen Verhältnisse im Memelland liegen, wenn einmal die Frage der Angliederung Litauens an eine andere härtere Macht akut werden sollte. . . .

Was wird nun im Memelgebiet, wenn die Signaturmächte nicht doch noch eingreifen sollten, weiter geschehen? Daß die Ablehnung Dr. Schreibers dem Zweck dient, das stärkste Hindernis für die weitere beschleunigte Litauisierung des Gebietes aus dem Wege zu räumen, liegt auf der Hand. Man darf dabei nicht übersehen, daß den Litauern in den 11½ Jahren, die seit dem Überfall auf Memel verfloßen sind, bereits eine nicht unbeträchtliche Verfrühung der

Nationalitätsverhältnisse im Memelgebiete gelüftet ist. Einerseits haben sie zahlreiche altangelegene Memelländer durch Druckmittel verschiedener Art und durch fortgesetzte Verträge gegen das Memelland aus dem Lande gedrängt. Und andererseits haben sie, wo immer sich Gelegenheit bot, die Zuzwanderung aus Großlitauen ins Memelgebiet systematisch gefördert. Diese landfremden Elemente fielen namentlich in der Stadt Memel, wo sie als Arbeiter, Arbeiter und Händler altangesehene deutsche Kräfte, um Erwerb- und Lebensmöglichkeiten beschränkt haben, schon einen recht erheblichen Teil der Bevölkerung dar. In diesen Memelländern, die mit dem seit sieben Jahrhunderten zur preußisch-deutschen Staats- und Kulturgemeinschaft gehörenden Lande keine wirkliche innere Beziehung bestanden und dort kein Heimatrecht geltend zu machen vermögten, kommen dann noch gewisse, zehntausendfröhlich heimlich unbedeutende Kreise eingesehener Memelländer, die sich wirklich oder angeblich als Völkerverführer. Wie vornehmend gering die Zahl dieser Pseudo-Intellektuellen war, das hat die i. J. 1921 durchgeführte Elternbefragung bewiesen, bei der sich im ganzen Memelgebiete die Eltern von nur etwa 400 Kindern für den Schreibr- und Lehrunterricht in litauischer Sprache entschieden. Im Laufe der Jahre ist diese Zahl unter dem Druck der litauischen Fremdberrschaft wohl gestiegen. Aber das Großlitauerland befrist für die sozial und kulturell höher lebende alt-eingesehene Memelbevölkerung eine so geringe Anziehungskraft, daß es wohl nur eines ganz geringen Anstoßes bedürfte, um den weitaus größten Teil dieser Menschen wieder zum Dienstort zurückzuführen, wo sie in Wirklichkeit kulturell beheimatet sind.

Auf die Jugendverbände und die Pseudoliteratur jetzt kaum bei seiner gegenwärtigen Aktion zur weiteren Entdeutschung des Memelgebietes seine Hoffnung. Seine stärksten Angriffe richtet er noch der Bekämpfung des deutschen Direktors gegenüber. Die deutsche Botschaft in Memel und das deutsche Schulwesen in den Memelgebieten. Es ist mit einer Massenentlassung der deutsch-memelländischen Beamten und deren Ersetzung durch „außerlitauische“ nationallitauische Elemente zu rechnen. Die bisher schon erfolgten Entlassungen — es handelt sich u. a. um einige Kreisräte, Gerichtsreferendare usw. — sind mit der früheren Zugehörigkeit der Betroffenen zu den beiden verbotenen nationalpolitischen Parteien des Memelgebietes, der Christlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialistischen Volksgemeinschaft, begründet worden. Die Mitglieder dieser Parteien befinden sich in den Händen der litauischen Behörden; sie sollen die Namen von etwa 1000 Personen enthalten. Sogar diese beiden Parteien in erster Linie richtet sich der Vorwurf, eine gewaltsame Verdrängung des Gebietes von Litauen vorbereitet zu haben. Auf den Gedanken, diesen Vorwurf zu erheben, sind die litauischen Behörden seinerzeit freilich erst gekommen, nachdem sie die Parteien schon aufgelöst hatten und als sie nachträglich eine Begründung für ihre Maßnahmen brauchten. Die Statuten der Parteien waren dem Kriegskommandanten genehmigt und die Parteiführer selbst, Dr. Neumann und Pfarrer Sab, hatten wiederholt in eindeutiger Weise ihre Loyalität gegenüber den litauischen Statuten zum Ausdruck gebracht. Die Parteien waren durchaus legal. Es ist daher eine Verhöhnung jeder Rechtsauffassung, wenn jetzt memelländische Beamte entlassen und bestraft werden, weil sie seinerzeit diesen Parteien angehört haben, zumal auch heute die litauischen Behörden nicht in der Lage sind, ihren Vorwurf des Landesverrats irgendeine glaubhafte zu begründen. Eine der ersten Maßnahmen des neuen Direktors Reissigs ist die Einsetzung eines nationallitauischen

Schulinspektors gewesen, dem die Aufgabe zufällt, für die Litauisierung der memelländischen Schulen zu sorgen. Über den angeblich „staatsfeindlichen“ Geist, der in diesen Schulen den Kindern bisher gelehrt worden sei, merden in der litauischen Presse seit länger Zeit wahre Schauermärchen verbreitet, Dinge, die sich zum Teil ohne weiteres als frei erfunden nachweisen lassen. Wenn ein Lehrer als „staatsfeindlich“ gilt, der es wagt, daß Kinder von 7 oder 8 Jahren ein Hakenkreuz zeichnen, wenn es in litauischen Schulen geht, dann sind die Schulen von „außenlitauisch und hitlerisch“ gesprochen nicht u. s. w. kann leicht sich denken, was den deutschen Schulen des Memelgebietes unter der Herrschaft des neuen Inspektors bevorsteht.

Was vom Gouverneur eingeleitete Landesdirektorium Reissigs hat es mit all seinen Maßnahmen sehr eilig. Es will in möglichst kurzer Zeit vollendete und, wenn möglich, unumkehrbare Tatsachen schaffen. Denn es gibt im Memelland eine Bestimmung, über die es binnen kurzem wieder zu Fall kommen könnte. Es heißt nämlich im Art. 17 dieses Statuts: „Wenn aus irgendeinem Grunde der Gouverneur einen Präsidenten des Landesdirektoriums ernannt, während der Landtag nicht tagend ist, so muß der Landtag in einberufen werden, daß er binnen vier Wochen nach der Ernennung zusammenkommen kann, um die Erklärung des Landesdirektoriums entgegenzunehmen und über die Vertrauensfrage abzustimmen.“ Demnach müßte der Memellandtag am 25. Juli zusammenzutreten, um zum Direktorium Reissigs Stellung zu nehmen. Daß dieses Direktorium das Vertrauen des Landtages nicht besitzt, steht — wie schon gesagt — außer Zweifel. Es ist unter diesen Umständen kaum zu erwarten, daß Reissigs es wagen wird, dem Landtag die Vertrauensfrage zu stellen. Es ist eher anzunehmen, daß er versuchen wird, sein Ziel zu erreichen, indem er eine unzureichende Einrichtung der memelländischen Selbstverwaltung befristigt. Nach Art. 12 Abs. 3 der Statuten kann der Landtag vom Memelgouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium aufgelöst werden. Da Remobilien dann sechs Wochen nach dem Tage der Auflösung stattfinden müssen und der neue Landtag 15 Tage nach seiner Wahl zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten darf, könnte Reissigs mehrere Tage Monate Zeit für die Durchführung seiner Maßnahmen gewinnen, ehe die gewählte Vertretung der memelländischen Bevölkerung dazu käme, dem Landesdirektorium sein Mißtrauen auszusprechen. Sollen dieses schon heute geschehen, so muß der Landtag als Ratsklaus und Reissigs tun werden, Reht noch dahin. Die Entscheidung liegt vielleicht nicht bei ihnen, ein Eingreifen der Signatormächte oder ein anderes Ereignis, das abzuwenden nicht in ihrer Macht liegt, kann ihnen u. U. das Geschick des Handels vorschreiben.

Seit jetzt, daß das deutsche Direktorium Schreiber unter Rechtschutz und mit einer verlogenen Begründung aus dem Amte verdrängt worden ist und daß alle Maßnahmen, die das dem Lande aufzusehene neue Direktorium Reissigs zur weiteren Entdeutschung des Memelgebietes trifft, mehrere Verlesungen des Memellandes darstellen. Seit Reissigs, daß Litauen durch eine solche Politik die Segnerfolge des deutschen Volkes herauszufordern und ab zu hanteln, seine Seite stets geachtet und geliebte Selbständigkeit selbstherrlich auf Spiel setzt. Deutschland wird das Memelland nicht verzeihen, um dieses von Litauen selbst täglich daran erinnert wird, daß — gegen seinen eindeutigen Willen — ein 70jähriges friedliches Zusammenleben mit „Prawen-Deutschland“ durch den Einbruch fremder Gewalt zerstört worden ist. Dr. K.

Polnische Innenpolitik.

Mit der Ermordung Pizarski war die Frage einer Teilweisen Umwandlung eines polnischen Kabinetts in Frage gestellt worden. Es war vorzutragen angenommen, daß die Reorganisation des Innenministeriums durch den Ministerpräsidenten Kosciolowski nur eine vorübergehende Maßnahme sein und auch die Frage einer Reuebung des Landwirtschaftsministeriums in diesem Zusammenhang gelöst werden würde. Am 28. Juni wurde der bisherige kommissarische Stadtpräsident von Warschau, Oberleutnant Kosciolowski, zum Innenminister ernannt. Zugleich trat der bisherige Landwirtschaftsminister Rakoniecznikow zurück. An seine Stelle wurde Kurator Poniatowski berufen. Der neue Innenminister hat auf seinem bisherigen Posten bewiesen, daß er rücksichtslos gegen die unpopulären Gegner und gegen die mandatsverweigernden, die sich allenthalben breit gemacht haben, durchzusetzen verfeht. Er ist bei der Opposition nicht sonderlich beliebt. Seine Aufgabe wird die „Pazifizierung“ des politischen Lebens in Polen sein. Mit Poniatowski, dessen Ernennung schon seinerzeit bei der Berufung des Kabinetts Kosciolowski erörtert worden war, zieht ein Vertreter der Kleinbauern in das Landwirtschaftsministerium ein. Für die agrarisch-konkretionären Kreise des Regierungskollegiums ist seine Berufung eine Enttäuschung. Der wirtschaftsreformatorische Charakter der Regierung Kosciolowski wird durch die Reuebung des Landwirtschaftsministeriums noch stärker betont.

Allgemein wird in Polen mit einer Radikalisierung der Regierungskurses gerechnet; und zwar mit einer Schwenkung nach links. Die polnische Presse hält sich in ihrer Stellungnahme zu der Regierungsumbildung z. T. noch zurück. Eine große Anzahl von Zeitungen, die sich zu den Ereignissen geäußert hatten, wurde beschlagnahmt; zahlreiche andere Blätter wiesen Zen-

surfukien auf. Die Ernennung Kosciolowski zum Innenminister ist offenbar nicht nur den Opposition, sondern auch den der Regierung gegenüber den Kreisen und vielen, die sich überrascht bekommen. Ein neuer Minister list durch, über fröhliche politische Tätigkeit als zu unerwartlichen Dingen gehörnd bekannt. Allerdings hat sich Kosciolowski schon seit Jahren nicht mehr politisch betätigt. Es ist einerseits ein weiteres scharfes Vorgehen gegen die Rechtsopposition zu erwarten. Auf der anderen Seite wird voraussichtlich versucht werden, der vom Kommunismus her drohenden revolutionären Unterbrechung des Staates besonders unter der vererbten Bauernschaft durch entsprechende agrarpolitische Maßnahmen entgegenzutreten. Die Regierung muß sich, wie es im „Kurier“ voran u. s. w. heißt, angesichts der schweren Krise vor allem an den Wünschen der höchsten Arbeiterschaft und der Kleinbauern massen orientieren. Ohne Zweifel, schreibt der rechtsstehende „Wieczor Warszawski“, werde der neue Landwirtschaftsminister versuchen, die Bauernschaft zu gewinnen, den Rahmen der Agrarreform zu erweitern und den Landbauer der Kleinrentbestitzer zu stellen. Im nationaldemokratischen „ABC“ heißt es u. a.: Nach einer Periode, in der die Oberstgenosse, alle Militärpersonen, den Kon angeben hätten, habe jetzt eine neue Epoche begonnen, die die Lösung mehr im Hand der Parlamentarier lege und eine Wendung im Einklang der Volksgemeinschaft, insbesondere zur Landbevölkerung bringe. Auch der „Kurier“ und „Kurier“ hält es für sicher, daß die neuen Minister eine mehr nach links gerichtete Richtung repräsentieren insofern, als sie das Regierungslager auf die breitesten Bauern- und Arbeitermassen stützen möchten. Wie weit dieser „Rück nach links“, von dem die Presse in Polen meinte, wirklich eintreten wird, wie weit der Staat etwa seine Eingriffe in die

Industrie vorzuziehen und ob das weitgehende Agrarreformprogramm, das nach von der alten Regierung beraten wurde, jetzt durchgeführt werden wird, darüber läßt sich 3. J. wenig sagen. Die Regierung selbst hat sich hierzu noch nicht geäußert und sie scheint vorerst auch keine allzu eingehende Erörterung dieser Fragen in der Presse zu wünschen.

Marian Jundram-Rosielkomiński ist 42 Jahre alt, im heutigen Litauen geboren; er absolvierte die Mittelschule in Petersburg, habilitierte dort am physionomologischen Institut und dann am Polytechnikum in Riga. Seit 1911 stand er im nationalen Unabhängigkeitskampf der Polen, kurz nach Kriegsausbruch erhielt er von Piłsudski den Befehl, hinter der russischen Front in Kongresspolen die P. O. W. (die Polnische Militärorganisation) zu bilden; später wurde er unter dem Pseudonym Jeroz Kommandant der litauischen Abteilung des polnischen Heeres. Nach der Besetzung Warschaws durch deutsche Truppen fungierte er als Regimentsoffizier zeitweilig an der belgischen Front und nach dem Kriege kam er in den polnischen Generalstab. Er machte den Volksheimatkrieg und den Kampf auf Wilna mit. 1922 kam er als Wjyspolecie-Abgeordneter in den Sejm, trennte sich später von dieser Gruppe und näherte sich dem Piłsudskilager; er wurde Vizepräsident des Regierungsblok, Kommandant des Reservistenverbandes und am 1. März d. J. kommissarischer Stadtpräsident von Warschau.

Der neue Landwirtschaftsminister Julius Poniatowski wurde 1882 in Petersburg geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Wilna, habilitierte in Krakau Landwirtschaft, in Brüssel Sozialökonomie und dann in Riga wieder Landwirtschaft. Nach Kriegsausbruch wurde er Legionär und war später politischer Referent der P. O. W. (Poniatowski war früher Abgeordneter der kleinbäuerlichen Wjyspolecie-Partei). Von Juli 1920 bis Februar 1921 bekleidete er schon einmal den Landwirtschaftsministerposten und war damals, in der Zeit des Volksheimatkriegs, maßgebend am Zustandekommen der tabakalen

Agrarreformbestimmungen beteiligt. Nach dem Ministertag zog er sich aus dem parlamentarischen Leben zurück und wurde Kurator des Gjeumis in Kremenien. Von Seiten der konservativen Großgrundbesitzer des Regierungsblok wurde er mit scharfer Gegenwirkung zu rechnen haben, während seine Ernennung in der tabakalen Jugend und in der notleidenden Bauernschaft Beugung auslösen wird.

Die Frage der polnischen Verfassungsreform war wieder akut. Wie erinnert, waren die „Verfassungsgeber“ am 26. Januar d. J. im Sejm durch ein glückliches Umrüstungsmanöver des Regierungsblok einstimmig angenommen worden. Als die Ebelen danach Marjalski Piłsudski vorgelegt worden, stellte es sich heraus, daß dieser mit der in wesentlichen in allen Punkten einverstandenen, aber ausgearbeitete Entwurf nicht in allen Punkten einverstanden war. Piłsudski war mit dem parlamentarischen Sejm, durch den seine Verfassung die „Ebelen“ im Sejm durchgebracht hatte, nicht zufrieden. Außerdem hatte er gegen die Auslese der „Region der Verdienstvollen“, die als Senatoren mit besonderen verfassungsmäßigen Rechten ausgestattet werden sollen, Bedenken. Diese Einwendungen des Marjalski, erklärte Oberst Słomak am 28. Juni vor dem vereinigten Verfassungsanschuß des Regierungsblok, hätten es ihm zur Pflicht gemacht, die ganze Angelegenheit noch einmal zu überdenken. Des Ergebnis seiner Überlegungen sei, daß er seinen Plan der Schaffung einer „Region der Verdienstvollen“ aufrechterhalte, doch er liebe es aber auf Grund eines schließlichen Beschlusses aufbauen und nicht in die Verfassung eingliedern wollen. Er schloß als Richtlinie vor, daß ein Drittel der Senatoren vom Staatspräsidenten ernannt und die übrigen nach der noch geltenden Wahlordnung gewählt werden sollten, solange sich die „Region der Verdienstvollen“ noch nicht bewährt habe. Demnach ist die Verfassungsfrage mit dem Sejmbeschluss vom 26. Januar d. J. noch nicht erledigt, ganz abgesehen davon, daß der Senat über sie überhaupt noch nicht Beschluß gefaßt hat.

Schlesien — das deutsche Wirtschaftsbollwerk im Osten.

Der Übergang von der Habsburger Herrschaft in die Preussens drängte Schlesien rascher und früher auf einen Weg, den es im Laufe des 19. Jahrhunderts infolge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in ähnlicher Form auch ohne diesen politischen Einfluß in seine künftige Selbständigkeit notwendigerweise hätte gehen müssen. Handels- und Verkehrsverhältnisse griffen entscheidend in die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Gebiete ein. Im mittelländischen Schlesien, das in jeder Zeit des vorwiegenden Überlandverkehrs infolge seiner zentralen Lage inmitten Europas und an der Grenzfläche zweier Kulturen begünstigt war, lebten sich die belebten Handelsstraßen jener Zeit vereint, die den Kontinent in nord-südlicher und nordwest-südöstlicher Richtung durchkreuzten. Jetzt wurde das Land an der oberen Ober eine preussische Grenzprovinz, die von handelspolitischen Gegnern mehr und mehr aus ihrer alten aktiven Vermittlerrolle herausgedrängt wurde. Schlesiens Durchgangshandel war schon im Sinken, seitdem die großen Entdeckungen am Beginn des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich auswirkten und seitdem infolgedessen an die Stelle Venetias Antwerpen und später Amsterdam, an die Stelle Würzburgs Leipzig und Frankfurt a. O. getreten waren.

Unter den Habsburger Erblanden, zu denen es seit 1526 politisch gehört hatte, hatte Schlesien die Rolle des Sabrikanten und Großhändlers gespielt. Durch schlesischen Handel und Gewerbe hatte Österreich den östlichen Handel beherrscht. Jetzt machte es sich nach dem Verlust des Handels unabhängig von ihm zu machen suchen. Es förderte daher die Vorarbeiten Erben und den Handel mit Waren aus den freieren, deren Handel mit Kolonialwaren über Schlesien weiter nach dem Osten ging. Es galt, eigene Gewerbe zu schaffen, um mit den schlesischen in Ungarn, Siebenbürgen und dessen orientalischen Hinterländern konkurrieren zu können. Und schließlich mußte Österreich verhalten, den von Galizien — über Lemberg, Krakau und Brody — kommenden Verkehrsstrom von Preussisch-Schlesien nach den österreichischen geliebten Teilen abzuwehnen. Dabei gerührte es den sein Zoll- und Stapelplätzen, begann es seine Straßen auszubauen, Sabrikanten namentlich in Wöhmen und Niederösterreich zu gründen und sperrte es seine Grenzen gegen schlesische Waren durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen ab. Es erschrak, wenn auch ohne dauernden Erfolg, Meßlen in Leshen und Jägerdorf und tief dicht an der preussischen Grenze Viehmärkte ins Leben, um — hier erfolgreich — gegen die Brieger und Breslauer Märkte zu konkurrieren. Demgegenüber schlug der Verlust Friedrichs des Großen tief, jüdoeuropäische Händler durch die Gründung einer Meße in Breslau 1742 und durch allerlei Vergünstigungen auch westdeutsche Kaufleute nach Schlesien zu ziehen. Breslau konnte gegen das handelsmächtigste Leipzig nicht mehr aufkommen. Seine Meße ging 1750 wieder ein.

Eine ständige Forderung für den schlesischen Handel war die 1772 erfolgte Angleichung Galiziens an Österreich. Diese Forderung wurde aber erst 1804 erfüllt, als sich ein Vertrag zwischen Galizien und dem Reich, der die Handels- und Verkehrsverhältnisse Krakaus habausgab wurde. Denn vorerst blieben die neu erworbenen Gebiete handelspolitisch noch von den alten Erblanden getrennt, und Brody (seit 1815 Krakau) wurde Freibandplatz, weil

man auf den doch auch für Galizien ertragreichen schlesischen Südbandeln nicht sofort verzichten wollte.

Den Trennungsmaßnahmen Österreichs gegenüber Schlesien kam unbeeidlichweise der preussische Merkantilismus zu Hilfe. Seine Verdienste um die Hebung der Landeskultur und das Gedeihen der Wirtschaft waren unbestritten groß, und er bereite die für die spätere Entwicklung nicht als notwendig erscheinende Betonung der schlesischen Eigenproduktion vor. Für die damalige wirtschaftliche Struktur des Landes aber mit ihren stark betonten Handelsinteressen mußte es als schädlich empfunden werden. So nahmen denn auch die Klagen über Einfuhrverbote für fremde Gewerbezweige, über Ausfuhrverbote für heimische Rohstoffe und die monopolistische Begünstigung einzelner Handels- und Gewerbetreibender kein Ende. Die Regie war wegen der die Fremden abschreckenden Wirkung verfehlt. Die den polnischen Durchgangsverkehr nach Leipzig stark hemmende preussische Zollpolitik, welche die schlesischen Händler von Leipzig ab und nach Breslau herangezogen hatte, kam in ihrer Wirkung auch im Gegenteil den österreichischen Vermittlern, Schlesiens zu umgeben, entgegen. So war, als 1787 Friedrich Wilhelm II. mit dem Merkantilismus brach, der schlesische Handel mit Ungarn und Siebenbürgen schon stark zurückgegangen; er mußte allmählich sich aufgeben werden. An seine Stelle trat im Laufe des 19. Jahrhunderts der Handel auf der Donaustraße von Wien oder Preßburg ab. Hier und ebenso auf seinem Wege nach Triest hatte Schlesien aber stets mit den hemmenden Maßnahmen der österreichischen Handelspolitik zu kämpfen. Der alte galizische Handelssoß aber konnte ihn — zum Teil mit Hilfe eines einflussreichen schlesischen Vermittlers in Brody und Krakau — auch nach und nach seiner bisherigen Höhe erhalten. Die Kunst der Grenzlage Schlesiens wurde erst 1846 endgültig in ihr Gegenteil verkehrt, als das letzte „Auffloß“ des schlesischen Handels, der Freiltaat Krakau, verschwand, über welchen noch in den vierziger Jahren etwa die Hälfte der schlesischen Waren ausgeführt worden war. Jetzt erst war der schubhinderliche Ring von Land und Österreich, der Schlesien auf zwei Drittel seines Umfangs umfaßte, völlig gelöst. Schlesiens große Zeit war vorüber. Ein Resthans seiner Wüste, dessen noch keine so vielen Ländern belasteten Märkte für polnische Welle, bis auch dieser Zwischenhandel an das zum Weltmarkt werdende London verlor. Erst das Aufblühen der oberschlesischen Industrie hob auch Breslau wieder aus der Erschlaffung seiner wirtschaftlichen Kraft zu neuer, andersartiger Wüste empor.

Das machende Selbstbewußtsein des Preussischen Staates war lange schon bemüht, den eigenen Gewinne schmälernden Galizienhandel der östlichen Kaufleute durch unmittelbare Verlegung in die Weltmengenländer zu erfassen. So hatte man schon 1784 die Anstellung preussischer Konsuln in Jassy und Bukarest verfügt; die Stellen blieben aber bald wieder unbesetzt. Der direkte Handel in den orientalischen Ländern wurde bis in die neueste Zeit durch die Kreditunwürdigkeit der dortigen Händler, den mangelnden Kreditnachst gegen bösmilliche Schuldnern und früher auch durch die Ausbeutung der fremden Kaufleute durch die einheimlichen Fürsten erschwert. In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts

find Preußen mit Erfolg an, durch die Anstellung hauptamtlicher Generalkonsuln für Syrien und Palästina, für Ägypten, die Donaufürstentümer und Serbien seine handelspolitische Organisation im Südoften aufzubauen. Kurz zuvor hatte es die alten Handelsverträge aus dem 18. Jahrhundert durch einen neuen Vertrag nach englischem Vorbilde ersetzt. Infolge der Emanzipation des europäischen Südoftens, insbesondere Ruminiens, von der türkischen Herrschaft und infolge der Erhebung der Kaufkraft dieser Länder stieg die Bedeutung des Balkans für den schlesischen Export. 1877 kam es zu einem deutsch-rumänischen Handelsvertrag; der österreichisch-rumänische Zollkrieg 1886—1891 brachte für Schlesien gesteigerte und dauernde Abhängigkeiten dort, so daß die Breslauer Handelskammer 1894 mitteilen konnte, daß Rumänien zu den wichtigsten Abnehmern schlesischer Industrieprodukte zähle. Dagegen traten Serbien und Bulgarien noch im Verkehr mit Schlesien zurück. Die Bemühungen der Balkanstaaten, sich eigene Industrien zu schaffen, förderten zeitweise die Einfuhr von Maschinen und Hilfsstoffen, erschwert aber durch hohe Schutzzölle und direkte finanzielle Subventionen die Einfuhr anderer hochwertiger Fertigfabrikate.

Ebenso wichtig wie der Anstich an Preußen waren für Schlesien die technischen Umlagerungen aus dem Gebiete des Verkehrsweßens, Eisenbahn und Schifffahrt. Durch diese für die Weltwirtschaft so ungemein beachtenden Erzeugnisse wurde Schlesien zunächst vollends der Welt seiner zentralen Lage beraubt. Es kam für die Provinz jetzt in erster Linie darauf an, auf dem Schienen- oder Wasserwege engen Anstich ins Meer zu erhalten. 1871 wurde der Anstich durch die Eisenbahn von Breslau nach Berlin und damit mit Hamburg und Stettin verbunden. In den fünfziger Jahren erhielt es die Bahnerbindung mit Triest und durch die galizische Bahn Zutritt zu den Donaufürstentümern, während Ostpreußen eine direkte Verbindung mit Rumänien erst in den sechziger Jahren erhielt, so daß es wenigstens in den Zeiten, in denen die Donau nicht schiffbar war, den meisten Umweg über die galizische Bahn ebenfalls benutzen mußte. Seit 1872 bezlebte sich schließlich durch den Bau der Oderberg-Rathower Bahn der jetzt eines jeden Jahrzehnt verlassene Weg nach Oberungarn wieder. Die Eisenbahnen trachten für Schlesien die Möglichkeiten in industriellen Großbetrieben zu vermehren, da die Absatzmöglichkeiten ständig im Wachsen waren; die Erzeugnisse der schlesischen Industrie wurden in die ganze Welt verschickt. Dem schlesischen Zwischenhandel nach und von dem Südoften aber kamen die Eisenbahnen nicht zugute. Denn die Differentialtarife der Eisenbahnen zwangen zu möglichst weitem unmittelbarem Versand; und die Waren aus dem Süden und Westen, aus dem Nordwesten und Südwesten rollten ohne Aufenthalt durch die schlesischen Bahnhöfe ihren fernen Bestimmungsort zu. Es mußte demnach die wichtigste Handelsartikellieferung der Carlströmische der Bohnen auf dem besten Punkte los, so für waldobische Getreide und ungarisches Mehl. Unter dieser Ungunst der Frachten hatte zum Teil auch die schlesische Industrie zu leiden.

Die Benachteiligung der Provinz durch die neue Verkehrsverteilung wurde durch die Ausschöpfung der Carlströmischen Welt noch erhöht. Denn Südo- und Westerrussland, die einst zum Absatz- und Bezugsgebiet Schlesiens gehört hatten, wurden jetzt infolge der unerschöpflich billigeren Seefrachten besser vom Schwarzen Meer aus versorgt. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Südosteuropas gingen mehr und mehr über Galatz oder Odessa nach Hamburg und Mannheim. Der Donauverkehr brachte englische und andere westeuropäische Waren nach Rumänien und gefährdete schlesische Stellung noch mehr. Die erschöpflichen schweremgigen Industrieprodukte hatten gegen die Waren des dem Meere näher gelegenen Westens einen schmerzlichen Schwund. Die Schiffe des Ostens erbrachten nun Oberflächlich durch Galizien und die Moldau nach Salonta und Brazila das Preisfrage der Frucht von Weltbeifland nach Konstantinopel. Die schlesische Wirtschaft litt unter dem deutschen Restanhandeln, der, seit der Herstellung der ersten direkten Verbindung von Kiel, später von Hamburg nach Konstantinopel, im Jahre 1884 einen großen Aufschwung nahm. Der dem Weltkriege ständigen Hamburg, Bremen und die Rheinsehäfen in regelmäßigem Schiffsverkehr mit allen wichtigen Häfen des östlichen Mittelmeeres. Schlesien aber hatte von dem für die Weltland den fünfzigsten Prozentanteil nur geringen Vorteil, trotzdem die direkte Bahnerbindung nach Hamburg und Berlin über Budepest und Belgrad nach Saloniki auch Breslau berührte. Zwar stellen dieser Weg und die Bahnstrecke nach Odessa über Breslau, Krakau, Lemberg, Gernowitz, Jassy nach Odessa oder über Galatz, Bukarest, Sofia nach Konstantinopel die schnellste Verbindung Nordwesteuropas mit dem Orient dar, sie kamen aber in erster Linie für den Fernost, nur in geringem Maße für den Warenverkehr in Betracht. Triest hatte in den fünfziger Jahren für den Handel mit schlesischem Spirit noch einmal eine hervorragende Bedeutung erlangt; es vermittelte damals noch verschiedene schlesische Exporte nach dem Orient; 1914 kam es nun noch für ein viertermal vornehmlich durch die Frage, ob gegen es als Lieferant und Konkurrent in Kolonial- und Orientwaren für Schlesien nützlich und gefährlich zugleich. Das Beispiel des schlesischen Handels zeigt, wie ausschlaggebende Bedeutung der Carlströmische der Eisenbahnen

naben den handelspolitischen Maßnahmen für den Warenverkehr verschiedener Länder zukommen kann.

Durch den Ausbau der Binnenwasserstraßen entstand für Schlesien allmählich ein Schutz gegen die es gefährdende Carlströmische der Bahnen. Die schlesische Kaufmannschaft hatte das sehr bald erkannt und die Bedeutung der Wasserwege auch in der Zeit immer wieder betont, in der man deren Ausbau zugunsten des Eisenbahnbaus sehr ganz zurückgestellt hatte. Der Große Kurfürst hatte den Ober-Spre-See-Kanal gebaut, der Schlesien auf dem Wasserwege mit Hamburg verband. Nach dem Anstich an Preußen lag für Breslau der Weg zur Ostsee frei; die hemmenden Stapelrechte Frankfurts und Stettins waren beseitigt worden. 1851 wurden die Sundhöfe, 1874 die Schiffsheuböden, Jahrschleusen fertigte die Breslauer Handelskammer die Regulierung der Oder. 1868—1876 wurde die dann bis Breslau ausgebaut und 1891—1895 der Große Schiffahrtsweg bis Kiel errichtet. 1901 erhielt Breslau einen südlichen Hafen, und wurde der Ober-Spre-Kanal für größere Schiffsflöße schiffbar gemacht. 1907—1908 endlich wurden die stets geforderten Oderumschlagstarife für bestimmte Güter gemindert, so daß Schlesien mit der Elbflotte, den Adria-, den russischen Ostsee- und Schwarze-Meer-Häfen in ausgleichreicher Konkurrenz treten konnte. Der unregelmäßige Wasserstand der Oder aber, die nur an durchschnittlich 250 Tagen im Jahre schiffbar ist (der Rhein an 320 Tagen), benachteiligte die ostpreussische Binnen-Schiffahrt gegenüber dem Westen.

Seit Generationen wird von Schlesien der Plan eines Oder-Donau-Kanals propagiert. Joseph II. hat diesen Plan zum ersten Male erwogen; in der Zeit der Kontinentalstörre tauchte er dann wieder auf und erlebte seit dem 70er Jahren eine ganze Reihe von Bearbeitungen, mit oder ohne Berücksichtigung des Nachbarlandes, zum Teil mit Verbindungen zur oberen Weichsel und Moldau-Elb. Die Durchführung des Planes scheiterte aber immer an den entgegenstehenden Interessen anderer Verkehrswege und Produktionsgruppen und an den beträchtlichen Schwierigkeiten und Kosten des Baus. Seine Verwirklichung würde allerdings die Schaffung einer ungemein wichtigen, großen Verkehrsstraße nach SW nach SO bedeuten, eine Einfahrt für die schlesischen Industrieprodukte nach dem Südoften, die den Umweg über die Nordseehäfen erübrigte und die Bedeutung der mittelalterlichen Iberlandhandelsstraßen bei weitem übersteigen würde. Stützt sich der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals die Bedeutung des Oder-Donau-Projektes gemindert.

Schlesiens kontinentale Lage, früher einmal die Grundlage seiner wirtschaftlichen Blüte, ist später sein Nachteil geworden. Sein Handel mit dem Orient ist in neuerer Zeit allerdings gleich vielfältiger und unmittelbarer geworden. Es führte vor dem Kriege Rohle und deren Nebenprodukte, die verschmelzten Eisen-, Stahl-, Textil- und keramischen Waren, chemische Präparate, Pflanzliche Musikinstrumente und vieles andere nach dem Südoften aus. Seine Einfuhr bestand vornehmlich aus den der Ernährung und Bekleidung dienenden pflanzlichen und tierischen Rohstoffen und sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln. Die Entwicklung der Provinz hat gelehrt, daß sie auf den vom Merkantilismus geschaffenen Grundlagen weiterbauen mußte, wenn sie ihre wirtschaftliche Bedeutung in irgendeiner Gestalt sich wahren sollte. Aus dem großenteils vom Durchgangshandel lebenden Lande ist schon früh, aber besonders im 19. Jahrhundert ein ganz vorwiegend für die Ausfuhr selbst produziertes großindustrielles Gebiet geworden. Diese Eigenproduktion in jeder Hinsicht zu stärken und für gute Absatzmöglichkeiten durch den Ausbau der Wasserstraßen, durch günstige Carlströmische und handelspolitische Öffnung der Schlesien umgebenden Grenzen zu sorgen, ist die Aufgabe, die für Schlesien zu lösen ist. Der alte, gemeintragende Durchgangsverkehr gehört der Vergangenheit an. Schlesien selbst, soweit jene Erzeugnisse nicht im Lande selbst oder im Ausland verbraucht werden können, an der gesamtdeutschen Ausfuhr teilnehmen, die ist — je mehr sich der Weltmarkt vergrößert — um so mehr den östlichen und südöstlichen Ländern Europas zuwenden muß. Und hier kommt die großpolitische Lage der industriellen ostpreussischen Provinz wieder einer Vergrößerung vor dem weiter entfernten Westen gegen Schlesien — und vor allem Breslau — hat im Handel mit dem Osten und Südoften eine in die Jahrhunderte zurückreichende Tradition. Es ist dabei, sich dieser Tradition wieder fester bewußt zu werden. Es rüstet sich, wieder das deutsche Wirtschaftszentrum zu werden, das im Osten und Westen fruchtbar geltend in die östlichen und südöstlichen Räume des Kontinents eingreift. Dr. Kredel.

Die Ferienfahrt — ins schöne Sauerland!

Innerpolitische Entwicklung in Lettland und Estland.

In der „Revalischen Zeitung“ hat der Hauptstreitkräfte dieses in Estland erscheinenden deutschen Blattes die jüngste politische Entwicklung in den beiden verbündeten baltischen Staaten Lettland und Estland einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Er geht dabei von der Tatsache aus, daß eine Beurteilung des in beiden Ländern fast gleichzeitig vollzogenen Umbruchs vom Parlamentarismus zum Führerstaat jetzt leichter geworden sei als in der unmittelbaren zeitlichen Nähe der Ereignisse. Seit der Umwälzung in Estland, so fährt er fort, „ist mittlerweile 3½ Monate verfloßen, in Lettland liegt der entsprechende Zeitraum auch bereits zu jenen, auf die ausfindende Ueberwindung der Innenpolitik beide Länder wird durch das Vorhandensein gleicher Ursachen hinderehend erklärt, die gleiche Wirkungen zeigen müssen. Hier und dort haben mit es mit einem reiflichen Vorgehen der parlamentarisch-demokratischen Staatsform zu tun, hier wie dort ist der erbelegene Bauernstand, organisiert in einer politischen Partei, Träger der staatlichen Entwicklung. Bemerkenswert ist ferner, daß die heutigen Führerpolitikanten in beiden Fällen bereits bei der Staatserhebung ihrer Völker eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Betrachtung, der mit bisher erfolgt sind, ergibt hier indessen zu erwägen, daß es in beiden Fällen nicht an jenen, auf der ersten Hand amangeht hat, die eine Erneuerung von Staat und Volk aus dem überall in der Luft liegenden Gedankengut einer neuen Zeit heraus zu entwickeln wollten. In keinem der betrachten Fälle ist es diesen Kräften gelungen, die reifgeordnete Ernte zu säen und in die eigenen Scheuern zu tragen. Hier ist ihnen ein anderer Schritter, arbeitssüchtig und bauerntüchtig, vorgekommen und führt sich nunmehr an, das Rote einzubringen. Neben diesen parallelen Erscheinungen ist es freilich nicht an auseinanderzuweisen, haben wir es doch mit zwei verschiedenen Völkern zu tun, die sich ihre Sonderentwicklung gemeinsam (schichtlicher) Vorgehen und des gemeinsamen Kulturbodens eiferfüchtig gewahrt haben. Da muß ja allererst ins Auge springen, daß der Elbe weit weniger temperamentvoll zu Werke gegangen ist, als sein lettischer Freund und Nachbar, und weit tüchtiger und gemessener, wie das seiner Lebensart entspricht. In Lettland ist die Abkehr vom Alten eine radikalere und vollständigere, während man in Estland immer noch so tut, als verlaufe die ganze Entwicklung in ihrem verfassungsmäßigen Rahmen. Wenn man näher sieht, so wird sich das in dem Maße zeigen, in dem die neue Staatsform dadurch ganz wesentlich erleichtert, die einen Umbruch eine neue, auf die autoritäre Staatsführung zugeschnittene Verfassung bereits in Kraft war, die den neuen Männern den Abbruch ermöglicht, während in Lettland auch eben noch die alte, überliefert parlamentarische Verfassung zu Recht besteht. Es ist hier erst Sache der neuen Staatsführung, und zwar keine leichte Aufgabe, Abbild zu schaffen. Die Abkehr von der Parlamentarismusform liegt in Estland keinesfalls in Widerspruch zum Geist oder zum Buchstaben der grundlegenden Staatsverfassung, während das in Lettland eben noch ganz fraglos der Fall ist. Darum ist das Verhalten des neuen Regiments in der Estländer der Herrschaft noch getreuer in beiden Ländern ein unteilnehmendes. Während in Estland die alten politischen Parteien nie verboten worden sind, jegliche Betätigung wird ihnen allerdings vermehrt unter Feinreiz auf bestehende Verfassung, so sind die bisherigen politischen Organisationen in Lettland samt und toners und völlig vom Erdboden verschwunden. Der Vortag in Reval ist verlost worden und wird wohl nie wieder parlamentaren, das Rigauer Abgeordnetenhaus dagegen wurde gemäß aufgelöst. Seine Mitglieder haben ihre Abgeordnetenrechte verloren. Der lettische Vortagpräsident ist beziehungsweise auch eben noch hinter Gefängnismauern, während sein lettischer Kollege, wenn auch nicht mehr gehandelt, so doch immer noch Staatswärtenträger ist. Auch die kommunalen Selbstverwaltungskörper sind in Lettland und Estland ganz nicht mit demselben Nachdruck gleichgültig gelassen. Während in Estland nur einige Bürgermeistereistellen durch staatliche Ernennung ersetzt sind, daß die in Lettland „feindlichen“ Parteien angehörenden Gemeindevorstände ausgeschieden mußten, verhielt sich am Rande, wurden in Lettland mit einem Jedertum sämtliche Magistrats aller Gemeinden abgesetzt und von der Staatsregierung neu ernannt. Ein weiterer und kein unwesentlicher Unterschied zwischen beiden Ländern ist der, daß in dem einen Falle die Umwälzung sich als Kampfhandlung gegen den Marxismus vollzog, im anderen der Sieg in der Niederschlagung der ökonomischen Erneuerungsbewegung der Freiheitkämpfer gelangt und erzwungen wurde. In Riga war das Parlamentarismus des Umbruchs die militärische Befestigung des Parlamentarismus und das Aufheben der Rationalität auf dem marxistischen Arbeiterhaufen, in Reval die Selbsterlösung sämtlicher, den Durchbruch irgendwelche Angehöriger Arbeiter und Arbeiter der Freiheitbewegung. Der Grund zu dem ungleichen Verhalten beider Völker, die doch im übrigen aus ähnlichen Situationen heraus eine ähnliche Zielsetzung haben, ist darin zu finden, daß sowohl die ökonomischen Erneuerer als auch die Marxisten beide Länder sich sehr stark voneinander unterscheiden haben, und zwar sowohl was die Führung als auch was den Kampfgeist des Gefolges anbelangt. Einerseits geführt und fanatisch geführt waren die Freiheitkämpfer Estlands und die Marxisten Lettlands, während die Sozialdemokratie (nicht mit dem Kommunismus nur hier längst aufgeräumt worden) jahrelang nicht unerbittlich, ihrem Geiste nach aber ganz und gar

nicht aktivistisch eingestellt war. Die lettische Erneuerungsbewegung endlich, in Pöbckonkräften, Legionäre, Stollmacherleute und noch andere kleine und kleine Gruppierungen aufgelassen, nur unzeitig, schlecht geführt, weitwollendlich unsicher und nicht ernst zu nehmen. Die ersten Maßnahmen der lettischen neuen Staatsführung bezogen sich zum Teil auf ordnende Eingriffe in das bisherige wirtschaftspolitische Chaos, das durch parlamentarische Mißwirtschaft entstanden war. Zum anderen Teil gemeint ist hier das wie Verbrechen, neue Schulgesetz und die Restrukturierung der Sparfrage, die in der ersten Zeit der neuen lettischen politischen „Wiederbelebung“, wie er in alten Staatserbe überliefert Drängung Heimatrechte gewonnen hatte, ganz und gar fallen zu lassen. Umanis will offenbar nichts anderes kennen, als den loyalen lettischen Staatsbürger, gleichgültig, welcher Nationalität er angehört. Sondern er behauptet die Volksgruppen im Staate, die geeignet sind, ihre Räumlichkeit allzu sichtbar dem anderen Heimatgenossen abzugeben, soll es künftig nicht mehr geben. Der Umbruch, der sich damit anbahnt, trifft am empfindlichsten die deutsche Volksgruppe Lettlands. Die Jahrhunderte alte Geschichte des deutschen Völkertums tritt in dem neuen Staat genaugenommen einseitige Schranken beim Ziehen der Erneuerungsbewegung im neuen Staat, und Umbruch werden mühen, über Verkauften Klage zu führen, ist jetzt nicht an der Zeit. Aufhabe der Stunde ist, auch weiterhin deutsche Art im Völkertum zu erhalten und zu behaupten. Das kann heute nur noch erreicht werden durch rechtzeitige und vollständige Umstellung auf die Bedingungen einer neuen Zeit. Wehe dem, der damit zu spät kommt oder zu wenig tut. Daß ein Umbruch im Verhalten des Völkertums zu seinem nichtdeutschen Heimatgenossen notwendig und für beide Teile heilsam sein wird, unterliegt keinem Zweifel. Ebenjenseitig darf aber der Vette an seiner überlieferten Geschichte nicht ganz gänzlich zu vergessen, die seitlich die aus so früher Quelle gespeist wird wie Minderwertigkeitsgefühl und Ressentiments. Es ist daran festzuhalten, daß auf deutscher Seite die schon längst stillige, endliche Vereinigung des gegenseitigen Verhältnisses unter der alten Führung nicht erfolgen kann, da die alte Generation sich nie ganz den überlebten Vorurteilen und Überbeobachtungen frei machen kann. Allein die baltische Erneuerungsbewegung ist hierzu imstande, da sie bereit ist, unter alles was gemeint ist, einen direkten Strich zu ziehen und in dieser wie in allen anderen Sachen ganz Arbeit und reinen Tisch zu machen. Ob auf der anderen Seite Umanis und seine Mitarbeiter wirklich ernstlichen Willens sind, an ihrem Teil dem verderblichen Zwiespalt zwischen Söhnen derselben Heimat ein Ende zu bereiten, darüber wird aus unglücklich. Die Abschaffung der überlieferten Vorurteile und Ressentiments scheint auf so sein, die bisherigen Lagen sollen zu wünschen übrig. Wenn nennenswerten Aufstände nachweisbar sind, dem klassischen Problem des osteuropäischen Raumes, des des Zusammenstoßens mehrerer Nationalitäten auf gemeinsamer Heimatfläche, mit neuen Mitteln und trüber Kraft auf dem Völk zu rücken, so verläutet noch nichts über den künftigen Aufbau des lettischen Staatswesens. Estland bietet ein anderes Bild dar. Während in Lettland die Esten zwischen dem neuen autoritären Staat und der Ration aus dem Stillerwerden noch nicht heraus ist — Umanis reißt soeben im ganzen Lande umher und wird überall überhöfentlich gefeiert —, so ist in Estland eine solche Befestigung nie gegeben. Dort hatte die Bewegung der Freiheitkämpfer in der Bevölkerung noch schon zu stark Wurzel gefaßt. Diese Bewegung war zudem nicht durch bessere und volkstümlichere Ideen überwunden worden, sondern durch staatliche Gewaltmittel. Zwar herrscht jetzt Ruhe und Ordnung im Lande, doch weiß der Polizeibefehl fast jeder Zeitungsummer über Maßregelungen Anführer zu berichten. Das nach vielfachen Anknüpfungen in Angriff genommene Reformwerk der neuen Staatsführung entbehrt des frischen Jutes, der in Lettland sichtbar ist, über die Grundlagen des neuen Staates ist vorläufig nur in der Presse eine Diskussion im Gange, ohne daß amtlich Stellung dazu genommen wird. Vor dem Herbst läßt große Veränderungen nicht zu erwarten, das Völkertum in Estland sind, so wie Estland, einseitig aus dem „Sommerernte“ herausgelassen worden können und auch für sich in Anspruch nehmen. Sowie ist Zeitungsanordnungen zu entnehmen, daß die Begründung eines Presse- und Propagandaamtes in Aussicht genommen ist, zu dessen Aufgabenkreis die allseitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gehören wird und bei dem das Berliner Propagandaministerium offensichtlich als Vorbild dient. Das noch Haus gefordert Parlament wird wohl in der alten Gestalt nie mehr einberufen werden. Es mehren sich die Stimmen, die einer selbständigen Vertretung des Wort werden, als Bausteine des korporativen Systems der Zukunft sollen die bereits vorhandenen herkömmlichen Gliederungen und Korporationen, wie die Handels- und Industriezweige, der Raumnachkammer und die Bauernkammer. Um die noch bestehenden Völkern in händlichen Aufbau zu schließen, wird die Gründung von Berufsständen der Arbeiter, Hausbesitzer, Lehrer, Staatsbeamten, Ingenieure, Erbkörper u. a. m. geplant. Wie das Revaler Wort „Baba Sina“ meint, wäre die einzige folgerichtige Ausgestaltung dieses Systems von Korporationen die Übertragung auch der politischen Aufgaben des Parlaments auf die neuen Vertretungskörper. Diese Perspektive entlockt der Zeitung allerdings den Stoßfreier, daß man den Freiheitkämpfern wohl die gleiche Reform, aber als größeren Wurf und mit mehr Glanz vorgezogen, zu gewärtigen hatte. Abs.

Der Ausbau des ostpreussischen Eisenbahnverkehrs.

Über die technischen Möglichkeiten des Eisenbahnverkehrs in Ostpreußen führte Reichsbahnrat Frankenberg im Rahmen der vorkriegswirtschaftlichen Studienarbeit der Königsberger Handelshochschule u. a. folgendes aus:

Wenn man die Geschwindigkeit des „Liegenden Hamburgers“ auf die Strecke Berlin—Königsberg umlegt, so ergibt sich unter Berücksichtigung einiger kurzer Aufenthaltswerte und der auf 100 Km. beschränkten Jahrgeschwindigkeit im Korridor eine Reiszeit von etwas über 1 1/2 Stunden. Es ist dann also Reisenden Gelegenheit gegeben, an einem Tage von Königsberg nach Berlin zu fahren, dort fünf bis sechs Stunden zur Erledigung ihrer Geschäfte zu verweilen und am gleichen Tage wieder zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Unter den ersten sechs Schnelltriebwagen nach der Art des „Liegenden Hamburgers“ soll auch einer für den Dienst der Strecke Berlin—Königsberg eingesetzt werden.

Eine Vorgattung wird in Ostpreußen im Laufe der nächsten Jahre fast ganz verdrängt: die Personenzüge, deren Reisezeiten durch die vielen Aufenthaltswerte und durch ihre langen Fahrstrecken nicht befriedigend. Die als Ersatz in Aussicht genommene Erlebnisausgangung wird sich äußerlich an die Bauart des jetzigen Schnelltriebwagens anlehnen, d. h. aus Doppelwagen mit Motoren von je 40 PS. an jedem Wagendeckel bestehen. Der Doppelwagen erhält 100 Sitzplätze, einen Gepäck- und einen etwas kleineren Postraum. Diese Wagen werden für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Km./Std. gebaut, sollen aber nur bis 120 Km. fahren. Die Umstellung des Betriebes nach nur abchnittsweise erfolgen. Für Ostpreußen sind vier Abschnitte vorgelesen, deren erster die wichtigste Strecke Marienburg—Königsberg—Elstift (Erdtküchen) umfaßt. Zur Abfahrt von zwei Jahren kann jedoch wohl kaum mit dem Einlauf gerechnet werden. Es folgen dann als weitere Abschnitte die Strecken Königsberg—Proßken, Marienburg—Marienwerder und Marienburg—D. Eylau, als dritter Ab-

schnitt die Strecke D. Eylau—Insterburg und als vierter Abschnitt die Strecken Königsberg—Allenstein und Königsberg—Pillau.

Die Möglichkeit, den Zügeverkehr der Nebenbahnen dem Bedürfnis entsprechend und unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit zu verichten, ist erst bei Verbesserung des Verbrauchstriebwagen gegeben. Dieses Mittel soll auch wohl ausgenutzt und das gesamte Nebenbahnenetz der Reichsbahn abchnittsweise auf Motortriebwagen umgestellt werden. Als erster zur Durchführung bestimmter Zeit für das gesamte Reichsbahngebiet 1/2, im ostpreussischen Raum aber 1/3 des Nebenbahnnetzes bestimmt. Diese Umstellung, die übrigens gleichlaufend mit der der Hauptbahnen vor sich gehen soll, beginnt in Ostpreußen auf den Oberlandbahnen. Das sind die sich um Miesauke, Haltheim, Möhringen gruppierenden Nebenbahnen, die zwischen den Hauptbahnen Marienburg—D. Eylau und Marienburg—Allenstein, Marienburg—Königsberg und Königsberg—Allenstein liegen. Am weitesten Abschnitt soll der Südbereich, im dritten die Mitte und Königsberg—Cobau—Elstift und im vierten der Rest, also der Osten der Provinz, folgen. Mit der Fertigstellung der ersten Wagen ist nicht nur zwei Jahren zu rechnen. Die Geschwindigkeit der für das Nebenbahnnetz bestimmten Erlebnisausgangung beträgt 90 Km./Std., von denen 80 Km. angewendet werden sollen.

Ostpreussens Eisenbahnnetz wird technisch in keiner Weise vernachlässigt, sondern in mancher Beziehung bevorzugt behandelt werden. Es ist dabei ein glückliches Zusammentreffen, daß die technischen Möglichkeiten in Ostpreußen zu einer Zeit verwirklicht werden, in der auch der großzügige Unbefriedigungsplan des Oberpräsidenten Erich Röh durchgeföhrt wird. Beide Pläne werden sich vortrefflich ergänzen, jeder wird das Gelingen des andern fördern.

Ostland-Woche.

Pfleh vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Die Frage der oberberstehesten Verwaltung des Prinzen von Pfleh wird immer wichtiger. Durch unaufrichtige Pfändungen wird es der Verwaltung, ungenügend genandt die für die Lohnabgaben und sonstigen betriebsbedingten Zahlungen zum Monats- und Vierteljahreswechsel notwendigen Beträge aufzubringen, so daß der Prinz sich genötigt sah, sich erneut mit einer teiergründlichen Eingabe an den Völkerverbund zu wenden. Die Wojewodschaft war rechtzeitig auf die Ende Juni an die Pflehsche Verwaltung herangetragenen gelobten Ansprüche aufmerksam gemacht worden. Es hatte auch eine Delegation der gesamten Betriebsräte und der Angehörigen der bei dem Verfallenden des Finanzinstalles der Wojewodschaft vorgeprochen, um die Freigabe der am bringenden notwendigen Geldbeträge zu erreichen. Den Völkerverbundvertretern war offiziell mitgeteilt worden, daß rund 550 000 Jloty für den Zweck der Lohn- und Gehaltszahlungen freigegeben werden würden. Diese Zusage wurde von der Wojewodschaft jedoch in der Weise gehalten, daß ein Bankkonto freigegeben wurde, auf dem sich im Augenblick der Pfändung überhaupt kein Geld befunden hatte und auf welchem bis zur Freigabe noch nicht 10 000 Jloty eingegangen waren. Am 22. Juni beschloß man die Finanzbehörde eine förmliche Forderung der Pflehschen Verwaltung an die polnischen Staatsbahnen, die ungefähr gemindert hätte, den Ende Juni fälligen Abschlag an die Grabenordner auszulassen.

Die Finanzbehörde war miederholt von der Pflehschen Verwaltung über die Auswirkungen ihres Vorgehens unterrichtet worden. Wiederholt sind auch von der Verwaltung Vorschläge über die Abdeckung der gegen sie erhobenen Steuerforderungen gemacht worden. Schließlich hat die Verwaltung, die Steuerbehörde möchte doch ihrerseits die Bedingungen angeben, unter welchen eine Zurückziehung der von ihr ergriffenen Maßnahmen erfolgen könnte. Alle diese Anfragen und Vorschläge sind jedoch ergebnislos geblieben. Bei dieser völlig unklaren Lage ist der Verwaltung natürlich auch unmöglich, mit irgendwelchen Stellen Verhandlungen zu führen, von denen sie erst eine finanzielle Hilfe erwarten könnte. Die Finanzbehörde nimmt den Standpunkt ein, daß die Pflehsche Verwaltung zu den bösmilligen Steuerhaldnern gehöre, denen kein Entgegenkommen gezeigt werden könne, obwohl die Verwaltung in den letzten vier Jahren allein über 8 Millionen Jloty Einkommensteuer gezahlt hat, obgleich von den sonstigen Steuern und Abgaben. Das Verhalten der Finanzbehörde fällt immer deutlicher erkennen, daß es nicht darum geht, die geforderten Steuerumlagen einzutreiben, sondern darum, die Unternehmungen der Pflehschen Verwaltung zum finanziellen Zusammenbruch zu bringen.

Der „Kurjer Warszawski“ meldete am 1. Juli, daß der preussische Ministerpräsident Göring in nächster Zeit nach Polen kommen werde. Die Reise würde zwar privaten Charakter tragen, da Göring nur an einer Jagd teilnehmen werde. Da diese Jagd aber wahrscheinlich in den Wäldern des Prinzen von Pfleh stattfinden werde, werde dem Besuch des preussischen Ministerpräsidenten doch auch eine gewisse politische Bedeutung zukommen. Er verfolge nämlich den Zweck, zwischen dem Prinzen von Pfleh und

den polnischen maßgebenden Kreisen zu vermitteln, zwischen denen die Beziehungen in letzter Zeit wegen der Steuerstreitigkeiten sehr gespannt sind. In Berlin habe man die Absicht, einen gewissen Modus vivendi in den deutsch-polnischen Beziehungen in Oktoberferien herzustellen.

Eine neue Bahnstrecke in Oberschlesien.

Am 1. Juli 1934 wurde von der im Vau befindlichen Strecke Heydebreck—Groß-Streblich die Teilstrecke Heydebreck—Felschitz—St. Annaberg in Betrieb genommen. Hierdurch wird das Bahnräben Obererschlesien, der Annaberg, noch mehr zum Mittelpunkt des obererschlesischen Lebens gemacht.

Aus der Vorgeschichte dieser Bahnlinie ist folgendes besonders erwähnenswert: Bereits im Jahre 1898 bestand die Absicht, eine Bahnlinie von Heydebreck (früher Konradin) nach Boffowska zu bauen, um eine Eisenverbindung zwischen beiden nach Norden zu schaffen und das Gebiet der Kalkindustrialie bei Groß-Streblich und die landwirtschaftlich wichtigen Gebiete um Ratibor und Leobusch miteinander zu verbinden. Nachdem im Jahre 1912 der Betrieb auf der Strecke Boffowska—Groß-Streblich hatte eröffnet werden konnte, mußte der Abschnitt Groß-Streblich—Heydebreck wegen Gesundheitsverhältnisse zurückgestellt werden. Erst im Jahre 1930 ist der Plan der Bahnverbindung Heydebreck—Groß-Streblich durch das Ostböhmerfeld wieder zu neuem Leben erstanden. 1919 wurde die seitdem „Dauerschleife“ Groß-Streblich eingerichtet mit der Aufgabe, den Bau der Strecke sofort zu beginnen und den Seilabschnitt Heydebreck—Felschitz besonders zu beschleunigen. Wann auch die Gelände- und Bodenverhältnisse für den Bahnbau günstig waren, so müßten trotz der nur 9,5 Kilometer langen Strecke 14 Brücken und Durchlässe für die Durchführung von Wasserläufen, Eisenbahnen und Straßenüberquerungen gebaut werden. Für die Überbrückung des Woißhoffer-Kanals sind die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen, so daß die Bahn noch für einige Zeit einer Umgehungsbahn benutzen muß. Zunächst sind zwei Bahnhöfe eröffnet worden: Der Bahnhof Venka u zwischen den Ortsteilen Mittenbrück und Venkau und der Bahnhof Felschitz—St. Annaberg.

Die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerung Polens.

Nach den statistischen Berechnungen sind 72,3 v. H. der Bevölkerung Polens in der Landwirtschaft beschäftigt, 10,3 v. H. in Bergbau und Industrie, 5,7 v. H. im Handel, 18,8 v. H. im Verkehr und 11,9 v. H. in allen anderen Berufen. Dem Glaubensbekenntnis nach sind 63,8 v. H. katholisch, 11,2 v. H. griechisch-katholisch (Ukrainen), 10,6 v. H. griechisch-orthodox (Ukrainen, Weißrussen, Russen), 10,5 v. H. Juden und 3,8 v. H. ewangelisch (hauptsächlich Deutsche). Der Anteil der Angehörigen der einzelnen Glaubensbekenntnisse an den Hauptberufsgruppen stellt sich wie folgt dar: Von den in der Landwirtschaft Beschäftigten sind 61,8 v. H. griechisch-katholisch, ihr Anteil ist also nicht viel geringer als der an der Gesamtbevölkerungsziffer. Griechisch-katholische und griechisch-orthodoxe sind in jeder Berufsgruppe besonders stark vertreten; sie bilden 17,6 v. H. bzw. 16,0 v. H. der Landwirtschaft. Die ewangelischen haben

einen Anteil von 3,4 v. H., also fast so viel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, dagegen beträgt der Anteil der Juden nur 0,9 v. H. Von 100 in der Industrie Beschäftigten sind 65,1 v. H. katholisch, von 53 v. H. griechisch-katholisch und nur 2,9 v. H. griechisch-orthodox. Der Anteil der Evangelischen beträgt 3,7 v. H., er ist also etwas höher als ihr Bevölkerungsanteil, der Anteil der Juden beträgt dagegen 25,3 v. H. Die letzteren sind also an der Industrie Polens mehr als doppelt so stark beteiligt, als an der allgemeinen Bevölkerungsgruppe. Im Handel beträgt der Anteil der Juden 62,6 v. H., d. h. daß die Bevölkerungsgruppe, die ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Polens ausmacht, zwei Drittel des Handels in ihren Händen hat. Der Anteil der Katholiken am Handel beträgt 32,6 v. H., der der Evangelischen 2,9 v. H., der der Griechisch-Katholiken 20 v. H. und der Griechisch-Orthodoxen 0,8 v. H. In den sonstigen freien Berufen ist der Anteil der Juden ein noch viel höherer als im Handel.

Es heißt „Memelgebiet“.

Die litauische Volkstrennung weist Senzungen nach Orten des Memelgebietes zurück, wenn in der Aufschrift statt der amtlichen Bezeichnung „Memelgebiet“ die Angabe „Memeland“ gebraucht wird. Im Verkehr zu vermeiden, wird den Abenden empfohlen, in der Aufschrift stets die Bezeichnung „Memelgebiet“ anzuwenden.

Scheitern der Entspannung.

Ein landwirtschaftlicher Arbeiter aus Schwenten, der sich auf dem Raubzuges befand, orientierte sich und rief an polnisch: „Gdzie jest Niemiec?“, d. h. Wo ist der Deutsche? Er wurde vom polnischen Wachtposten festgenommen und nach Wolstein gebracht. Dort wurde er aber sofort wieder entlassen und den deutschen Beamten an der Grenze übergeben.

Kürzlich fand die Feier des dreißigjährigen Bestehens der Preussischer Freiwilligen Feuerwehr statt. Zu den Festlichkeiten waren auch die Feuerwehren der mittleren Grenzmark eingeladen. So wurde, geführt vom stellvertretenden Kreiswehrführer des Kreises Dornitz, Bürgermeister Seumer-Urnschadt, eine Reihe von Vorträgen aus dem

Kreise Dornitz zu den polnischen Berufs Kameraden hinüber. Der Empfang seitens der Grenze war überaus herzlich, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß anlässlich des Silberjubiläums, das die Freiwilligen Feuerwehr Urnschadt noch in diesem Jahre begeht, die polnischen Wehren ebenfalls herüberkommen.

Dr. Ratajki wieder Oberbürgermeister von Posen.

Der zum Oberbürgermeister der Stadt Posen gewählte Dr. Mierzkowski, der der nationaldemokratischen Opposition angehört, muß seinerzeit vom Innenminister nicht bestätigt worden. Es fand daher eine Neuwahl statt. Von den 60 abgestimmten Stimmen erhielt der bisherige Oberbürgermeister Dr. Ratajki 35 Stimmen, während der Kandidat des Regierungsblocks nur 23 Stimmen erhielt. Dr. Ratajki liegt nun ebenfalls den Nationaldemokraten nahe; doch hat er bereits viele Jahre unter der Pilsudski-Regierung gearbeitet, ohne daß es zu Konflikten gekommen wäre. Er ist erst vor kurzem einstimmig zum Ehrenbürger der Stadt Posen ernannt worden.

Hundertfabriker einer deutschen Schule in Polen.

In der Gemeinde Antoniew-Stoki unweit Posen liegt die dortige deutsche evangelische Schule die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Antoniew-Stoki war die erste deutsche Ansiedlung in der Lodzer Gegend. Die Begründer der Ansiedlung sind dann weiter nach Rußland gezogen, während Pommer und Merkenburger an ihre Stelle traten. In das Raubdorf Sulzfeld kamen Württemberger. An der Feier nahmen Vertreter der polnischen Behörden sowie der benachbarten deutschen Gemeinden teil.

Ein opferrührender Kletterfilm.

Dieser Tage begannen die Aufnahmen zu einem großen Kletterfilm „Kletterfilm“, der in den Augusttagen des Jahres 1914 spielt. Die Aufnahmen werden in Ostpreußen gemacht. Das Reisebüro in Berlin hat die Unterführung zugesagt. Dr. Wittich hat gemeinlichschlich mit dem früheren Reichsdramaturgen Cramer das Manuskript ausgearbeitet.

Nationalsozialismus und Volksgruppen.

Über dieses Thema schrieb in der „Schließlichen Sozial- und Kulturzeitung“ (1934 Nr. 6) Andreas Joten. Wir geben im folgenden den Artikel mit einigen Kürzungen wieder:

Oben kennen keine Staatsgrenzen. Politische Ideen lassen sich nicht auf ihr Ursprungsland beschränken. Bis zum heutigen Tage hat noch jedes politische System, das sich in einem europäischen Staat durchgesetzt hat, ganz Europa zur Stellungnahme gezwungen. In ganz Europa muß werden von allem, was im Reich geschieht, die deutsche Bevölkerung mitbekommen, und auch die Volksgruppen Glieder des Gesamtvolkes, Glieder, die nur leben können, wenn sie in häufigem geistigen Zusammenhang mit dem Mutterreich stehen, Glieder, die teil haben müssen an dem geistigen Gelingen im Mutterland, wenn sie nicht verloren gehen sollen. Denn das muß klar ausgesprochen werden, eine Volksgruppe, die den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterland verloren hat, muß verenden, muß geistig absterben, denn zur geistigen Eigenständigkeit reichen die Kräfte der Volksgruppe in der Regel nicht. Sollten aber die Kräfte einer Volksgruppe zur völligen geistigen Eigenständigkeit reichen, so ist damit die Gefahr der Lösung vom Gesamtvolk gegeben. Wir kennen diese Entwicklung aus der deutschen Geschichte.

Bis zum Tage der Mächtigerklärung stand das Gros aller Auslandswissenschaften dem Nationalsozialismus zurückhaltend gegenüber. Drouchen konnte man die Gefahr nicht übersehen. Man konnte das System von Weimar nicht so gut wie man konnte auch den Nationalsozialismus und seinen Führer nicht. Man sah dieselbe nur die harten Formen des Kampfes im Reich, las von Loten und war niedergeschlagen über das Bild, das Deutschland der Welt bot. Das änderte sich mit einem Schlag, als sichtbar wurde, daß die nationalsozialistische Bewegung das gesamte deutsche Volk erobert hatte, daß vom Nationalsozialismus aus die Erneuerung des gesamten deutschen Volkes in Angriff genommen wurde.

Jetzt mußten sich die Volksgruppen dem Nationalsozialismus eröffnen, wenn anders sie sich nicht um Mitternacht über den Abgrund werfen wollten. Sie taten das um so lieber, als sich ihnen durch den Nationalsozialismus eine Möglichkeit zeigte, ihrem Volk und ihrem Staat die Kräfte zu halten, die bringt doch gerade der Nationalsozialismus durch die Anerkennung jeden Volkstums eine Lösung für die Frage der Volksgruppen, die auf Nationalstaat und Minderheitenrechte eingestellte Nationaldemokratie nie finden konnte. In den Volksgruppen traten jetzt also die Persönlichkeiten auf, in denen der Glaube an den Führer schon eher entflammbar war und die das wahre Wesen des Nationalsozialismus bereits zu einer Zeit erkannt hatten, als das jedenfalls für den Auslandsdeutschen noch schwer war. Sie forderten die Erneuerung der Volksgruppen und forderten überall den geistigen Zusammenhang. Damit trat an die Stelle der bisherigen Führung die Führung des Nationalsozialismus. Man machte sich die Antwort meist sehr leicht, indem man erklärte:

„Wir sind nun auch Nationalsozialisten“. Man verzog dabei, da sein Politiker, der jahrelang Minderheitenpolitik im liberalen System getrieben hat, um nicht verstanden, unter Einfluß des ganzen Menschen und in den meisten Fällen molles nach bestem Gewissen und Können — nicht auf eine Volksgruppenpolitik auf Grund der völkischen Weltanschauung eingegangen kann. Man verzog, daß ein Führer seine Grundstoffe nicht ändern darf, man verzog, daß Vertrauen der Geführten verlieren will. Die alte Führung litt an molloser Selbstüberhöhung, hielt sich für unantastlich und glaubte, die jungen Kräfte der Erneuerungsbewegungen würden durch ihre jugendstümliche Unerschrockenheit die Volksgruppen zugrunde richten. Dabei verzog die alte Führung, daß gerade sie ja, wenn sie auch Anteil haben wollte an dem Neuen, die Verpflichtung hatte, die jungen Kräfte einzuweisen und die Führung auf sie ohne zu große Erschütterung überzulassen. Man übernahm diesen einzigen Ausweg eigentlich nirgends. Und nun begann der Kampf.

Es begann der Kampf um die Führung der Volksgruppe und die Führung der „Alten“ verteilte, in dem Gefühl, die „Jungen“ würden alles mit viel Mühe und ehrsüchtiger Arbeit Geschaffene vernichten, die „Jungen“ mochten sie erobern, denn sie fühlten sich mit Recht als die Vertreter dieser Idee. Der Kampf wird mit aller Leidenschaftlichkeit geführt. Er wird wie ein Kampf geführt als ein Kampf um die Macht. Hier liegt ein Fehler. In einer Volksgruppe, die in einem fremden Staat lebt, gibt es keine Macht, die errungen werden kann. In diesem Sinne gibt es nur eine Macht — die Staatsgewalt. Im Reich konnten wir die Macht erringen und die haben und geben unsere politischen Gegner einsehen. In den auslandswirtschaftlichen Volksgruppen kann keine Staatsgewalt erobert. Die Staatsgewalt haben fremde Völker in der Hand und verewigen sie zu ihrem Nutzen. Sogar gibt es in den Volksgruppen eine Führung, ein Kulturparlament, mächtige Wirtschaftsforschungsorganisationen, aber alle diese Einrichtungen, um die heute gekämpft wird, sind, so groß ihre Bedeutung für die Volksgruppe sein mag, keine Macht. Sie bestehen nur, das sollten die Führer der Erneuerungsbewegung nie vergessen, solange die eigentliche, einzige Macht sie duldet.

Was es aber keine Macht gibt, das kann nicht um sie gekämpft werden, da gibt es keine Revolution. Denn eine Revolution ist nur dort möglich, wo man die Macht erobert und sie nach gemessener Schlächtheit verwenden kann. Die deutschen Volksgruppen sind auf dem Weg der Evolution verwiesen. Allein dieser ist für sie gangbar. Durch stetige Erziehungsarbeit von unten nach oben müssen sich die Erneuerungsbewegungen durchsetzen. So werden sie auch die Führung in die Hand bekommen. Die Arbeit ist viel langsamerer als ein Kampf um die Macht, aber sie allein kann uns zur Ergebenheit, wie wir sie in Subordinationshand und im Bedauern erlebt haben, als plötzlich die wahre Macht eintritt, benehmen.

Polen kämpft um seinen Export.

Die mehrfach ins Stocken geratenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Polen sind nunmehr wieder in Fluß gekommen. Englands Interesse am polnischen Markt ist in letzter Zeit merklich gestiegen. In englischen Wirtschaftskreisen nimmt man an, daß sich die Absatzmöglichkeiten für englische Serriegarnen im Zusammenhang mit den großen öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Polen wesentlich verbessern werden. Man hofft insbesondere auf eine Zunahme des englischen Exports von elektrotechnischen Ausrüstungen, von Werkzeugen, Automobilen, Baumvollgarnen, gemälten Stoffen und einigen anderen Waren nach Polen. Besonders großen Wert legt man englischerseits auf das Automobilgeschäft in Polen. Die englische Industrie hofft, sich maßgebend in die Motorisierung und Elektrifizierung Polens einschalten zu können. Dabei kommt ihr die Tatsache zu Hilfe, daß Polen in letzter Zeit in hohem Maße als Kreditnehmer auf dem Londoner Kapitalmarkt aufgetreten ist. Es erfreut sich dort, seitdem sich seine Beziehungen zu Deutschland gebessert haben, eines wachsenden Vertrauens. Vom Handelsstand der englischen Wirtschaft in Warschau sowie von der englischen Studienkommission, die kürzlich Polen besucht hat, werden die Absatzmöglichkeiten für englische Waren in Polen günstig beurteilt.

Eine erhebliche Schwierigkeit in der Regelung der englisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen bildet das Kohlenproblem. Polnischerseits wird sowohl von Regierung wie Verbau eine zwischenstaatliche Regelung dieser Frage, an der sich außer Polen und England auch die anderen Kohle exportierenden Staaten, insbesondere Deutschland, beteiligen sollen, gewünscht. Engländerseits ist aber nur ein kleiner Teil der Kohlenindustriellen für eine internationale Kohlenregulierung zu haben. Die Mehrheit der englischen Kohlenindustriellen ist gegen jede Verflechtung und will es auf einen risikoreichen Kampf, insbesondere gegen die polnische Kohlenkonkurrenz ankommen lassen. Sie ist darauf vertraut, daß es dem polnischen Verbau nicht möglich sein wird, diesen verfehlten Konkurrenzkampf durchzuführen. Anderer Meinung ist allerdings der Führer der verfechtungsberufenen Gruppe des englischen Kohlenverbau, Archer. Dieser vertritt den Standpunkt, daß Polen auf dem internationalen Kohlenmarkt eine maßgebliche Rolle zu spielen berufen ist, und daß angesichts der guten Organisation der polnischen Kohlenindustrie nicht damit zu rechnen ist, daß diese wegen der Verluste, die sie beim Export erleidet, sich von den frankoindischen und baltischen Märkten zurückziehen werde.

Der Kohlenexport Polens hat sich während der letzten fünf Jahre zu demjenigen Englands etwa auf einem Stande von 1:4 be-

hauptet. Im vergangenen Jahre hat der polnische Export 7,733 Mill. Centner, der englische 38,382 Mill. Centner betragen. Dieses Verhältnis, das trotz aller Einfuhrbeschränkungen aufrecht erhalten werden konnte, muß, wie von polnischer Seite unterstrichen wird, die Grundlage der Verhandlungen mit England bilden. Man denkt in Polen nicht daran, diese Zusufuhren zu vereinbaren, da bei einer Besserung der Konjunktur sonst der Fall eintreten würde, daß andere Länder einen Vorteil aus einer solchen Vereinbarung ziehen könnten. Man glaubt aber auch, daß die Engländer die Ansicht, der polnische Kohlenexport werde künftig aufrechterhalten, aufgeben werden, wenn sie die Überzeugung gewinnen, daß die Produktionsfähigkeit der polnischen Kohlengruben noch gar nicht voll ausgenutzt sei, sowie daß die Kohlenausfuhr für Polen, Aufhebung ein unbedingtes Erfordernis ist, weshalb sie nicht verringert, geschweige denn überhaupt aufgehoben werden kann.

Zwischen Polen und Sowjetrußland ist ein Zoll- und Kontingentsabkommen, das bis zum 31. Dezember d. J. befristet ist, zustande gekommen. Auf Grund dieses Abkommens wurden von Polen Zollermäßigungen für die Einfuhr von Pelzen, Kaviar, Eißwaffeln und Nüssen aus Sowjetrußland gewährt. Überdies gelangen Konventionszölle, wie sie Polen mit anderen Staaten vereinbart hat, bei der Einfuhr von Äpfeln, Weintrauben, Äpfeln, einzelnen Früchten, Wein, Korn und Nahrungsmitteln aus Sowjetrußland zur Anwendung. Dieses neue Abkommen ist im großen ganzen eine Vertiefung des am 31. März abgelaufenen Kontingentsabkommens sowie die Umwandlung der im Vertrage mit der „Compollora“ vereinbarten Zollsätze in Konventionszölle. Auf diese Weise wurde die durch die Liquidierung der „Compollora“ entstandene Lücke in den Handelsbeziehungen Polens mit Sowjetrußland ausgefüllt. In den Vereinbarungen ist die Frage der sowjetrußischen Bestellungen nicht geregelt und auch die Höhe der Kontingente der russischen Einfuhr nicht enthalten. Diese Fragen werden noch besonders geregelt werden. Das Regierungsblatt „Pravda“ bemerkt zur Verflechtung über die angeführten Abmachungen, daß der Wunsch einer polnisch-einseitigen Entgegenkommen auf sowjetrußische Zollmisse nicht den Tatsachen entspricht, weil Polen seine Kontingente für die sowjetrußische Einfuhr noch der Höhe der sowjetrußischen Aufträge bemessen wird. Da die diesjährigen Vereinbarungen von Zoll zu Zoll zwischen der Sowjetabundvertretung in Warschau und dem polnischen Handelsministerium getroffen werden sollen, so ist beiden Seiten ein breiter Spielraum gelassen worden.

Auflockerung des oberschlesischen Industriegebietes.

Das oberschlesische Industriegebiet ist eines der dichtest besiedelten Gebiete des Reiches. Dabei hat der Wohnungsbau in den Jahrzehnten, in denen Industrie und Verbau sich sprunghaft entwickelten, mit dem durch die Menschenanzunahme entstehenden Bedarf nicht Schritt gehalten. Es entstanden dicht besiedelte Städte und Industriegegenden mit zum Teil überaus mangelhaften und für die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechts nachteiligen Wohnverhältnissen. Da der Verbau aber durch die Branchendeckung der Ausbreitung der Ortshäuser Hindernisse entgegenzusetzen, mußte die Industrie in großer Zahl auch solche Arbeiter beschäftigen, deren Wohnverhältnisse weit von den Arbeitsstätten liegen. Kaufleute von Arbeitern machen täglich den Weg mit der Bahn zur Arbeitsstätte, andere benutzen das Fahrrad als Beförderungsmittel und müssen oft in der Nacht früh aufstehen und mehrstündige Wege zurücklegen, um am Morgen rechtzeitig zur Früharbeit anfahren zu können. Wieder andere, die in den westlichen und nördlichen Gebieten Oberschlesiens, so in den Kreisen Groß-Strehlitz, Kreuzburg, Oppeln, Reobitzh, Reiche, zu Hause sind, vereinigte sogar in der Frieger- und Ramsauer Gegend, wohnen während der Woche in den Schlafhäusern der Verbau und fahren nur am Sonntag zu ihren Familien. Durch die Grenzhebung hat sich das Wohnproblem für die Arbeiterchaft des Industriebezirks noch verschärft, da die Werke in einer tieferliegenden Ebene liegen und das für die Arbeiterchaft in Frage kommende Wohngebiet, in der Hauptrichtung nach Westen, etwa in die Shenkel eines Winkels von nur 90 Grad eingeschlossen liegt.

Neben der Frage der Wohnlichen Unterbringung der Arbeiter, die zur Zeit ihr Best in der Industrie haben, oder es in Zukunft bei der Besserung der Konjunktur wieder finden werden, ergibt sich gleichzeitig die andere, was aus den Arbeitern werden soll, für die selbst in besseren Zeiten mit einer Unterbringung in der Industrie nicht mehr gerechnet werden kann. Zahlreiche Arbeiter müssen entweder ganz aus der Industrie herausgenommen oder auf andere Weise wirtschaftlich gesichert werden, daß sie sich bei nicht voller Beschäftigung in der Industrie, die sich ja schon durch die jahreszeitlichen Konjunkturschwankungen ergibt, nicht in Not geraten. Was zunächst die Arbeiter anlangt, die am weitesten entfernt von den industriellen Kleinbetrieben wohnen und großenteils dem landwirtschaftlichen Kleinbau angehören, so dürfte es möglich sein, diese zu ermöglichen, wenn dies Leute, die sich noch die lebendige Substanz mit der Landwirtschaft haben, durch Anliegerfiedlung

genügend Land für eine selbständige Ackernutzung erhalten würden. Die Zahl dieser entfernt wohnenden Arbeiter, die bei den jetzigen Verhältnissen nur einmal in der Woche nach Hause fahren können, wird auf rund 5000 geschätzt. Beförderungen der möglichen Stellen, wenigstens einen Teil von ihnen dem Lande ganz zurückzugewinnen, sind im Gange.

Weit größer ist die Zahl der Arbeiter, die entweder im Industriebezirk selbst heute in unzureichenden Wohnungen hausen müssen, oder die auf mehr oder weniger günstig zur Arbeitsstätte kommen. Das Ziel ist, die Arbeiter nach Möglichkeit innerhalb eines Umkreises so unterzubringen, daß sie ihre Arbeitsstätte durch einen Weg von höchstens einer Stunde entweder mit Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder zu Fuß und auf dem Fahrrad erreichen können. Die Möglichkeit hierzu bietet die Kleinriedlung am Rande des Industriegebietes. Dabei muß eine gewisse Zone um den Industriebezirk herum von der Befriedlung mit Rücksicht auf den nächsten Kohlenbergbau freigehalten werden. Um die vielen Arbeiter, die Siedlungen am Rande des Wohnungsbedarfes zu decken, der sich aus dem natürlichen Bevölkerungszuwachs ergibt, wird es für die Dauer von sechs bis sieben Jahren erforderlich sein, für die Zwecke der vorstehenden Kleinriedlung alljährlich je 10- bis 15000 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Die industrielle Arbeiterchaft wird dadurch in die Lage versetzt, wenigstens einen Teil ihres Lebensbedarfs aus der eigenen Scholle zu decken und so die Krisenperioden der Felerlöschten oder der Kurzarbeit leichter zu überstehen.

Da in der Nähe des Industriebezirks kein Überfluß an geeigneten Landflächen vorhanden ist, bedürfen diese Siedlungen der sorgfältigen Planung, umso, je weiter die Siedlungen von den Kleinbetrieben abliegen, desto mehr eine Siedlung zwischen beiden bestehen. Die Planbearbeitung für diese Siedlungen am Rande des Industriebezirks ist im Gange.

Mit dem Seedenen nach Ostpreußen!

Das „Fest des Meeres“ in Gdingen.

Gdingen ist eine Latsche. Danzig bekommt das — trotz Hofen- und sonstiger Abkommen — täglich zu spüren. Aber ist die Notwendigkeit seines Vordrängens wirklich jo sehr im Bewußtsein des polnischen Volkes oermurzelt, wie es die Bekundungen der See- und Kolonialliga und ähnlicher Verbände gern wahr haben wollen? Zweifellos ist die angepöbelte Kampfstellung gegen Deutschland, der die polnische Öffentlichkeit nach dem Kriege befehrt hat, für die Propaganda der Meerespropaganda in den politisch interessierten Massen ein fruchtbarer Entwicklungsboden gewesen. Sicherlich gehören die Mitglieder der starken Verbände, die „den polnischen Drang zum Meere“ predigen und mit einer das erziehbare Ziel vornehmenderen Großzügigkeit von der Ostsee als vom „polnischen Meere“ zu sprechen pflegen, vielfach zu den politisch aktiven und den geistig gebildeten Schichten des Volkes. Aber der ganzen polnischen „Meeresweltanschauung“ haftet doch zu sehr ihr Ruckpunkt von der dogmatischen „Ankündigung“ an, als daß sie sich nicht in der Richtung eines „Gegensatzes“ zu Deutschland an, als daß sie nicht heute schon eine gewisse Bereitschaft zu „Verständnis“ gegen den weislichen Nachbar, die seit der Annäherung an diesen in langjähren Abbau begriffen ist, fällt für die Meerespropaganda der bisher tragfähige Nährboden ist. Wird diese Agitation, die sichtlich großzügig und selbstkritisch durchgeführt worden ist, ihre Verpflanzung aus der Erblassenschaft einer bemun- gungswürdigen Jugend in das gemäßigtere Klima der organischen Zusammenarbeit mit Deutschland vertrauen, ohne Schaden an ihrem Selbstglauben zu bringen? Wird die Hinwendung des Aufbaumaterials zu dem polnischen „Meere“ des polnischen Volkes nicht zu einem gewissen Grade von dem Meeresproblem elementar? Auf dem O r j baut sich die Seligkeit des polnischen Staates und der Bestand des polnischen Volkes auf — nicht auf einem Hofen. Freilich muß man bedenken, daß dieser Hofen einem sehr lebendigen Nachwillen keine — oft schmerzhaft köpfige — Entstehung verdankt. Er wird Latsche bleiben. Aber vielleicht wird er einmal nur noch als eine Latsche weiterer Ordnung anerkannt werden? Die Propaganda für Gdingen und für's Meer wird weiter

gehen; Aber vielleicht wird sie mehr als bisher eine intellektuelle „Angelegenheit“ sein?

Das „Fest des Meeres“ wurde am Peter-und-Paul-Tage in Gdingen zum drittenmal begangen. Botschaften und Aufmarsch fanden im Mittelpunkt des Festes. Am Anfanglich beteiligten sich etwa 5000 Personen, Abordnungen der polnischen Kriegsmarine, Sport-, Berufs- und Schülerverbände aus verschiedenen Teilen des Staates, Abteilungen des Heeres, der Marine, der männlichen und weiblichen Pfadfinderschaft, des polnischen Luftschiffbundes u. a. m. Auch die Gdingener Feuerwehr war vertreten. Vom Verband der Polen in Danzig waren trotz der Ankündigung des Verbandes, daß sämtliche Mitglieder, etwa 5000, an dem Feste teilnehmen würden, nur ungefähr 200 Personen erschienen, die sich zum größten Teil aus den Reihen der polnischen Zahnärzte in Danzig, der Danziger Abteilung der polnischen Pfadfinderschaft, des polnischen Sportklubs, Gdingen, des polnischen Radklubs, der Beamten der polnischen Post in Danzig sowie des polnischen Kriegerverbandes und der Studentenvereinigungen Bratnia Pomoc rekrutierten.

Der Bojenode von Pommernellen, Rittkils, sprach in seiner Rede von „Polens Liebe zur See“, die kein romantisches Gefühl sei, sondern das Bewußtsein der polnischen Großmacht ausdrücke. Das müßte immer wieder betont, gesagt werden, daß die Ostsee das Polens der Nation bedeute. Mit reinem Rhythmus ließ Sandoz der Sängers Hofen, der erste Sängers Hofen, zu hören werden, als die Rufen los waren. Sehr schön die polnische Kräfte über die ganze Welt, und jetzt steigt es sich, daß keine letzten Pflichten gesprochen worden seien, sondern daß hier eine tatsächliche Macht entstanden sei, die den kommenden Geschlechtern überliefert werde, mit der Verpflichtung, daß niemand Polen diesen Hofen, das Tor der Welt, wegnehmen dürfe. . .

Am 1. Juli fand nochmals ein „Fest des Meeres“ in Gdingen statt, das als große Jugendkundgebung organisiert war, an der 50 000 Vertreter der Jugendorganisationen aus ganz Polen teilnahmen. Der polnische Staatspräsident nahm an dem Feste teil.

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Salt täglich erscheinen seit Wochen in der polnischen Presse kürzere oder längere Mitteilungen über die Massenentlassungen und -aussweisungen der polnischen Arbeiter aus Frankreich. Nach dem Wärschauer Besuche Wörthaus schien man in Polen auf ein Einlenken Frankreichs in dieser Frage zu hoffen. Der polnische Wörthaus in Paris, der beim französischen Außenminister dieselhalb bald nach dessen Rückkehr aus Wärschau und Prag vorgefallen hatte, hatte von diesem auch die Zulassung erhalten, daß bald eine Besserung in der Behandlung der Polen in Frankreich eintreten werde. Aber bis heute hat sich noch nichts geändert. So wenig wie der französische Handelsminister sich bereit hat, die Verpfändungen Wörthaus zu erfüllen, so wenig die Regierung zeigte der französische Arbeitsminister, seine Verpfändungen über die Arbeitsverhältnisse, die die Arbeiter der polnischen Arbeiter zurückzunehmen. Er betonte den polnischen Vertretern gegenüber, „daß er es angeht der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich als selbstverständlich erachte, daß die fremden Arbeiter in ihre Heimat zurückkehren müssen“. In weiteren Unterredungen sind zwar verschiedene Erleichterungen zugelassen worden, die aber nichts an der Latsche ändern, daß die polnischen Arbeiter das Land verlassen müssen. Woche für Woche rufen die Jüge aus dem Westen nach dem Osten mit polnischen Arbeitern und ihren Familien befehrt, einer ungenügenden Zukunft ihrer in Frankreich übertrieben übertrieben entgegen. Der Abbruch von Frankreich fällt ihnen nicht schwer, denn sie verlassen es, wie der „Kurier Poronny“ schrieb, „unter dem Eindruck schwerer Peiden, Verunglimpfung und Verhöhnung“.

Wieviel polnische Bergarbeiter und ungelernete Industriearbeiter ist es eigentlich in Frankreich? Als ihre Zahl jo erheblich, daß ihre Rückkehr eine unerbittlich wichtige Belastung des polnischen Arbeitsmarktes bedeutet? Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln. Die Zahl der polnischen Emigranten in Frankreich, also der Arbeiter und ihrer Familien (die sie zum größten Teile mitnehmen, nachkommen lassen oder dort gründen), kann ohne Über- schätzung mit 700 000 angegeben werden. Bald nach dem Kriege, als Frankreichs Rohbergbau wieder ihre Betriebe ausbaute, wanderten nur allzu häufige Frankreich aus. Im Jahre 1927 16 000, 1929 81 000, 1930 86 000, im Jahre 1931 28 000 und noch im Jahre 1933 11 500. Unter diesen Auswanderern sind immer weniger Bergarbeiter, immer weniger Sacharbeiter und immer mehr ungelernete Arbeiter aus den fließenden Gebieten Polens gewesen. Diese Arbeiter, die auf einer viel tieferen Zivilisationsstufe als die französischen stehen, sind für Frankreich ein willkommenes Menschenmaterial gewesen. Arbeitswillig und zu den schwersten Arbeiten bereit, wenig anspruchsvoll und billig, wurden sie damals in den französischen Betrieben gern angenommen. Aber diese Eigenschaften kumpeln den polnischen Arbeiter in Frankreich zum „Rut“, wodurch der französische Arbeiter, der früher diese Arbeiter errichtete, in eine gehobener, besser bezahlte Stellung aufsteigen konnte. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit trat dann der Umkehrung ein. Die immer schon als minderwertig behandelten polnischen Arbeiter wurden die ersten Opfer der Krise. Sie können gehen und sie müssen gehen.

Die Arbeitschlacht im Gau Kurmark.

Unter diesem Titel ist eine kleine, von der Landesstelle Brandenburg-Stenmark des Reichspropagandaministeriums herausgegebene Broschüre erschienen, die einen Überblick über die Methoden und Erfolge des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in den Provinzen Brandenburg und Stenmark Vosen-Westpreußen gibt. Bei der Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 waren im Gau Kurmark 237 000 Arbeitslose vorhanden. Schon am 30. April 1934 wurden nur noch rund 50 000 Arbeitslose gezählt, einschließlich aller Krifen- und Wöbholfsunterstützungsempfänger. Als erster Kreis konnte im August 1933 der Kreis S ch o d a u die Lösung von der endgültigen Verfestigung der Arbeitslosigkeit machen. In sechs Kreisen, die waren die Kreise 7 K r e i s e S t a u s i e n, Kreis von Arbeitslosen und zwar: Wöml, Deutsch-Krone, Slatom, Trausitz, Vandsberg/Wartheb.-Land, Sobien, Merisch, Drenslau, Ruppen, Schlochau, Schneidemühl, Schwärin, Selbin, Templin, Westbavland, Zielensj und Jülichau-Schwiebus. Der Provinzialverband Brandenburg hat sich in den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung herzlich beteiligt. Teils aus eigenen Mitteln, teils aus Zuschüssen wurden 1933 rund 10 Mill. RM. in dem Kampf eingesetzt. Das größte Arbeitsprojekt stellt das Wöberkaufwerk dar.

Sehr ausführlich werden in der Broschüre die Luftbaumnahmen behandelt, wie Autotrafikenbau, organische Steuer- und Wertschöpfungs-politik u. a. m. Man erregeln werden dann die großen, bereits in Angriff genommene Maßnahmen: Gutverfrachten und Viehdauarbeiten, Stromelektrifizierungen, Aufforstungen, der Bau von über 1500 Siedlungsstrahlen, von Wälsjerkern und Kanalisationen, die Anlegung von Feuerlöschstellen sowie die Arbeitsmaßnahmen der Deutschen Reichsbahn, zu deren wichtigsten die beiden neuen Bahnfreken bei Zielensj und Kreuz gehören, erläutert. Hervorgehoben wird, daß in einzelnen Kreisen vielfach ein Mangel an Land- und Sacharbeitern bestche. Die Bedeutung der Notstandsarbeiten für den Gau Kurmark geht daraus hervor, daß seit dem 1. August 1933 vom Bundesarbeitsamt Brandenburg 2100 Arbeitslosen die einen Gesamtschickungsauftrag von 62 Millionen RM. erforderlich, als Notstandsarbeit anerkannt werden sind. Auch der Landbelferfrage nimmt sich die Broschüre an, wobei darauf hingewiesen wird, daß jetzt etwa 12 500 Wöbholfsler sich im Gau Kurmark befinden. Ihre Zahl betrug vor einem Jahr etwa 500.

Ein interessanter Einblick in die vielseitigen Maßnahmen gibt der Abschnitt über die Beschaffung von Arbeitsplätzen. Hier wird an die große, von Gaupropagandaleiter Hindemang eingeleitete Arbeitsbeschaffungsaktion erinnert, bei der es gelang, innerhalb von drei Tagen 12 778 freie Arbeitsplätze ausfindig zu machen. Bis zum 15. Mai 3. Jüngsten sind die Zahl auf rund 16 000 freie Arbeitsplätze. Ebenso erfreulich waren die Erfolge der 2. Aktion der Gaupropagandaleitung, die der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten diente und die mit Unterstützung des Garantieverbandes Kurmark durchgeführt wurde. Auch den großen Aufgaben des Freiwilligen Arbeitsdienstes ist in der Broschüre Rechnung getragen.

Deutschlands ältestes Freilichttheater.

So Jes' verraten: An der „Drehtheibe Europas“, bei Mark-
re d m i t h, wo sich die großen Kreuzbahnen Berlin—München—Rom
und Paris—München—Prag kreuzen und die herben Ostalbhöfen des
Südtalgebirges hüfelförmig die mellige Kallnahost umflichen,
steht der Wegweiser: Ach! W a n s i e d e l. Kurz vor ist die Wan-
derung der lieblichen Schwämmerlflut des alten Markgrafenan-
degrauts, immer den Blick auf die dunklen Gipfel mit Deutschlands
Beschramen gerichtet, dem Main, Eger, Saale und Raab nach allen
vier Richtungen der Windrose entströmen.

Über der kleinen, liebsten Stadt Jean Pauls, wo die Wiege des
größten deutschen Humoristen stand, verbringt sich ungekostet und über-
flutend, das Felsenwunder Europas; die L i s s e n b u r g. So wurde
das mächtige Steinlabirynth im Jahre 1805 gestaut, um die damals im
nahen Alexandersbad heilungsuchende Preußenkönigin zu ehren. Viel
früher aber geben das leuchtende Goldmoos zwischen den fantastisch
überinandergerietenen Riesengrabstätten und das Feuchtmoos in
den Krieffen mit seinem grünglänzenden Ueberzug, dem Felsenlabirynth
den Namen „L i s s e n b u r g“, der sich später in Cosburg wandelte. Goethe,
Humboldt, Hardenberg und unjähliche Forscher nach ihnen haben sie
begrüßt, durchwandert.

Wer die L i s s e n b u r g betritt, hinter dem schließten sich die Pforten
des Alltags, und die Märchenwelt beginnt. Mit freundlichen Augen
durchklettert wir die grandiose Felsenrinne, die sich bis zu fast
800 Meter Höhe emporzieht, und luchen, bald gebückt, bald aufrecht,
bald springend, bald vorsichtig tastend, zwischen den hoch aufgeschichteten
Steinen den gutgebatnen Weg. Der führt treppauf, treppab, über
Steg und Brücken, zwischen engen Stufen hindurch, unter über-
hängenden Felsen empor, vorbei an Grotten, Quellen und Denkmälern,
den Räumchen einer erweiterten Ritterburg. Moos und Flechten
überziehen den Felsen, Karne und Gräser entzweigen sich in
den Spalten, und auf räuscherl Weis, auch die hohen Fichten, wie aus
dem Stein gepauert. Von oben taucht der Blick in die Tiefe hinab,
in die sich zu Süßen betedenden milden Auen und fliegt hinüber zu
Ochsenkopf, Schneebzerg und den anderen tiefgrünen Bergzügen, die sie
umkränzen.

Am Eingang zu der wunderlamen Stätte liegt Deutschlands ältestes
und schönsten Naturtheater, die Freilichtbühne der Bayeri-
schen Ostmark. Seit Jahren haben die Sommerspiele der Bayeri-
schen Landesbühnen München Tausende hierher gelockt, diesmal schenkte
der Sommerabend uns im Rahmen der vom Reichsbund der deutschen
Freilicht- und Volkstheatervereine veranstalteten und für diesen herrlichen
Sitzplatz als „reichsamtlich“ anerkannten Spiel, das Schöpfungs-
offenbarung die Komödie vom Eitelenspiel. Der deutsche

Karr'. Der Johannistag brachte als Morgenvorstellung „Der
18. Oktober 1813“. Beiden Stücken, die unter der meisterhaften
Spielleitung des Intendanten Egon Schmid von der eigens für die
Siele von Rudolfshaf, Weissenburg und Wunsiedel zusammengestellten,
hochbegabten Truppe gespielt wurden, gab die lebendmatische Natur-
bühne doppelten Gehalt. Bald werden auch küllliche Stücke, „Wollen-
stein“, „Ein Sommerabend“, u. a. m. über diese Truppe — Ver-
sicherung vor diese Truppe, die hier die Welt bebauten, geben, und werden
den Ruf der L i s s e n b u r g, der Stadt Wunsiedel und des ganzen Sied-
gebirges weit hinaus tragen. Freilich, Johannistag ist nur einmal im
Jahr, und nur mit dem Best der Sommerzeit ist neues Erlebnis ver-
slochten, das Wunsiedel den Festspielbesuchern schenkt.

Das Städtchen, von alterer sich selbes deutsches Volkwerk gegen
die Slawen, liegt mitten im bedeutendsten Granitzentrum Deutschlands
und hat wohl kaum seines Steinreichtums so viele alte und neuere
Brunnen und Brunnlein aufzuweisen. Am Johannistag aber lag ihm
keines von ihnen. Sie waren alle verdorren unter Girlanden von
Cannen- und Birkenzrün, sie waren gekörnt von Kränzen aus Korn-
blumen und Maßkräutern, „Kogelrin“ und „Ritterpörsn; Rosen an-
rankten die alte „Pumpenrinne“, und das Wasser frömte zwischen
Sleckenblumen wie aus Blumenkelchen heroor. „Döpselchen Keren,
Nicht bei Licht, bunte kleine Lampions von dem Brunnenrand und um
die Steinfontänen, die wie mit Cappisinn bedekt waren, von Blumen,
Äumen und Grün. Die Brunnen waren Ältäre geworden, einer
schöner als der andere; der einrücksooffle dieilicht das kleine Brunn-
lein hinter der Spitalkirche, auf dem zu lesen stand:

„Gehst bin ich in schlömler Zeit,
Herr, deinen Frieden aus bereit.“

Mit Maßkräutern war die eingetragene Zahl 1920 umwunden.

In der Pinnerleuchte klang Musik auf. Koppeln gegen von einem
Wasserpfad zum anderen, und oft und jung so mit, viele Hunderte,
wie schon fast unbedenklichen Jochern am Sonnabendabend. Alles lauffte
den frohen und ersten Volksweisen, und man gedachte eifertuchtsoll
an den Sinn dieses Brauchs: Das Wasser gnädig zu stimmen, damit
es jollamen mit der Kraft der Sonne das Gebeihen der Blumen und
Seider fördere.

Dann flammte auf meistem Wiesenplan vor der Stadt das Johannis-
feuer auf. In das Pflaster der zum Himmel loderbenden Glut tauchten
die Blumenbrunnen in ihrem Sommerachtsglanz, tauchten und er-
strömten im „All“ Aug und Seele tranken sich satt. Denn es ist schon
so wie das küllliche Volksstück dieilicht:

„Wenn alle Brunnlein fließen
Dr. A. C. von Schelmli-Ätzen.

Der ewige Wald.

„Da ist ein Wald, tausend Meilen im Quereit. Alle tausend Jahre
kommt ein Zaunkönig und wegt sein Schmödeln an einem Jüngel. Und
wenn der Wald abgewest ist, dann ist erst eine Sekunde der Ewigkeit
vorüber.“

Jüngelchen Böhmen und Bayern breitet er sich, noch dreißig
Stunden im Quereit, Deutschlands mächtigstes Waldgebiet, in vielen
Teilen noch reiner Urwald, nie noch von Menschhand berührt. Da
wehen die Fichte der Ewigkeit, da raucht und rauscht der Schöpfung
Urgewinnnis durch die unjagbar zauberhafte Stille, wenn dich die
Hallen dieses Urwaldhohes umfongen. Staunend gläutet der Blick
an riesigen, gertensplancken Stämmen empor bis ins Wipfelreich. Und
das Laubwerk da oben lehrst dich, daß die Bäume, die du für Cannen
gepalten, Buchen sind, Kiefernbuchen, himmelsstrebende, ins Licht des
hellen Laubwerks, Säulen dieses Urwaldhohes.

Stille des Urlebens umdrängt dich hier. Mannshöhe Jaren
wuchsen zu Jügen des Waldreizes aus taufenbüchigen Moder. Älpsig
schließen die jungen Sämlinge um die jungemgebenden Mutterbaum,
bodenföndiger, angeschwammter Urwaldobst aus Werdewelten, in die
keines Jürstern Stammobum hinaustritt. Denn alle die Menschen
kamen, war dieser Wald. Dunkel löst sein Name aus alten Zeiten:
Silva Hercynia, Gabreta Silva, Wald, nichts als Wald. Urnermög-
lich, unzerstörlich — die „böhmischen Wälder“, almo Schilleres Räuber
haufen. Weglos bis ins Mittelalter herein war dieser Wald des
Urgewalters unabhagbare Herberge. In seinen Höhlen houlte der Bär,
in seinen Schluchten der Wolf, in seinen Wäldern Wildkätz und Dachs,
in seinen Wägen Otter und Biber, auf seinen Auen Fische und Elch,
in seinen Klüffen der färlliche Luchs, in seinen Wäldern der weiltin-
föndige, schamlose, starrschöne Hase, in seinen Wäldern die hohen
Bäumen, des Bären federere Vajsal. In den kiefelklaren Waldwägen
tumelten sich unjagbar die Schwärme der begierigen Follenen.

Erst im Mittelalter schlug der Ältlicher Mönch Gunter, der
Heilige, Jürsternaus aus Chüringenland, den ersten „Goldenen Steig“
durch die Wäldnis, und Sommer brachten das küllliche Salz hinein
ins alte Böhmen. Kühne Kerle, denen draußen in der Donauebene
die Heimat zu eng wurde, begannen den Wald längst der Steige zu
roden. Siedlungen wuchsen an Bergeländen und Waldböden, Herden
glockelten auf Waldwiesen, goldenes Korn senkte sich zum erstenmal
in jungfäulichen Urwaldboden und trug kraußigliche Frucht. Hirten-
und Solgerwener landeten ihre feierliche, Kraußflachen hoch hinaus über
das Wipfelmeer, fernem Wäldern weichen kümbend. Hier kauften erste
Siedler, kommenden Geschlechtern Brot und Heimat zu rüthen. Aber

nie oft rang der Urwald mit Brombeergestrüpp und anderem Wild-
wuchs den gerodeten Raum wieder in seinen Bereich zurück. Nur
jählicher Jüch ließ sich festgalt im Kampf mit Reim und Seim der
Urwald. Die Siebelklingen der Menschen sind bis heute tiefen
des geliebten im ewigen Wäldereere. Eilende an die Wälder des
eigentlichen Waldes, der heute noch vielfach das Gepräge des Ur-
waldes trägt, namentlich an seiner jungäuglichen Stellen, die den
fortlichen Raubstücken voreiten.

Da findet man noch heute Baumriefen von jagendhaften Ausmaßen,
lebendige, die licht pflügige Wipfel in Lüften wiegen, tot, deren
Nieselnleiber im Sarrengedächte modern, vom Sturm gemorfen oder
niedergebrochen vor Alter, das keiner kennt. Aber selbst im Ede
noch tragen diese Reismäne das Siegel der Urnatur, das ewig fest-
halten Lebens. Äußerlich scheinen die Stämme noch unbedagigt.
Aber ein Stach mit dem Stock geht in den Stamm wie in Luft, und
Moder quillt aus der Wunde der Stocke wie aus dem Gefäß. „Mutter-
Linde“ für den Jungmann, die Fichte, die aus dem Gefäßnis spritzt,
als wären die Eümlinge noch lebensföchtige Ähre des verlassenen Kiefern.
Und der Jungmann jagt die Urwaldweidheit in die farrnde
Einsamkeit: Leben ist allen Sterbens Sinn!

Auf einem Solgersteige erklimmt du einen der kahlen Gipfel, die
aus dem Wäldereere ragen, den Arber, den Rachel, den Eufen, und
die Schau von diesen Gipfeln aus zeigt dir erst recht, was „Wald“
heißt. Schwärze, starrende Wipfelmeere, weiltin verblauden, stellen
von einer Richtung durchbrochen, umfahoren den andächtigen Pilger,
und der ewige Wind haucht an den Steinblöcken und Sturmtaunen,
die kable Ähre wie billerföndliche Ärme in den Himmel recken. Kief
unter dir, in einer Wäde, träumt ein Waldes in das ewige Schwelgen.
Ganz ferne drängen sich eines Strammes Silberlauf im Quindförier
der Sommerluft, liegen Dörsen und Sicken mit ihren Kiefern
wie Rinderpflanzung, und da wird dir erst recht inne, wie wenig und
nichtig all! Menschentwerk ist gegen die Urwelt des ewigen Waldes.
Und tröstlich weißt du wieder die Wahrheit des Märchens: Alle
tausend Jahre weßt ein Zaunkönig das Schmödeln an einem Jüngel,
und wenn lo der ganze Wald abgewest ist . . . Wie wird das sein.
Dieser Wald wird ewig leben, Wald der Heimat, Wald der Jugend,
Wald der Sehnsucht, zu dem ich immer feiernd wolle, wenn ich satt
habe an die „Welt“. In seinem Rauffen wird mit alles nieder, was
mit „die Welt“ genommen, Kind, Jugend, und alles Böhme, was
ein Herz erdellen und erbeden kann.

S. Schüringbamer-Heimdel.

Ostpreußenfahrt.

Bei Sonnenfchein nahmen wir Abschied von Stettin. Die „Berlin“ trägt uns, von früherer Brise begleitet, den bekannten Weg bis Swinemünde. Dort erwartet uns die „Banjslohd Danzig“. Und nun überkommt die Seefahrt eine kolossale Natur, wenn mit den entzündenden Uferbildern der Pommerischen Bucht auch alle Angste und Rote zurückbleiben. Dieses Saaleen ist auf jenseitigen Docks dieses sorglose Polen übers Meer! Dieses ewige Hungertreiben vom Rüstestau und die Strände, wenn einem fremde Schiffe begegnen: Kleine Frachter, die gemächlich über die Wellen torkeln, Segelschiffe, die noch „von damals“ sind und viel, viel Zeit zu haben scheinen; und wenn man Glück hat, sieht man in der Ferne großer Dampfer dahinzuleiten. „Sogharzofy-ferk-lyh, die, Nord- über das schimmernde Meer. Aus der Steuerbordseite begleitet uns in greifbarer Nähe die pommerische Küste. Dann und wann wird der dunkle Landstreifen von den Lichtern der Städte unterbrochen, und die Strahlenbüschel der Seewächtern fließen weit übers Meer.

Um 10 Uhr hört die Kanonik auf, die Decklampen bekommen ihre Kostmühen auf, wir strecken uns zur Ruhe aus. Das Summen der Motore fällt uns in einen kurzen Schlaf. Schon sehr zeitlich blicken wir nach der Morgenswache in die geheimnisvolle Dämmerung des nordischen Sonnens und in das fiberraudende Rauschen. Roth schimmert das Meer blaugrün und rein. In den Vermittlungsstunden verstreift sich die anfänglich frühe Brise. Es rollen so hübsche, lange Wogen, daß sich der Ostpreußenfahrer mit bleichen Wangen dalihen . . . Aber in der Danziger Bucht glättet sich wieder das Meer. Es erwaht wieder die Freude am Wasser mit seinen tausend forsbigen Wandern.

Ostpreußen vorotagert wie ein ungeheurer Wadrturm, ragt das Samland in die Offsee hinein. Wie an Ketten hängt es in den langen, schmalen Dämmern der Rebrung. Wir wandern auf gemühten Wogen an der Samlandküste auf und ab, sehen zwischen den engen Schmalstränden die See in funkelnder Bläue, all die kleinen, birtellen Kiesel nuten am Strand, die großen Granitblöcke, an die krollende Wellen klatschen. Am Strande bei Groß-Kubren und Georgenswalde liegen Silberborte hochgezogen am Strand, und auf den Stangen blauen dampfende Rote. Es ist zu lärmlich. Deshalb fehlen die tödrenden Sündern, und es ruhen die Nüchbergeruben, aus denen lout der bartige Rausch des schmelenden Seiers steigt. Die letzte Wegstrecke bis Rauschen-Büne führt zwischen steilen Uferwänden dahin, über die sich das schattige Aushub hoher Vinden, Wästen, Eichen und Eichen wölbt. Noch einmal geht's zur Striküste empor. Aufschreibend: schneift der Blick über das Samland, die hübsche Felder zur Rechten und über das weite Meer zur Linken, dessen Wogen in melodischem Geräusch an den Strand rollen, bis uns die Samlandbahn bis Eranz an die Kübrische Rebrung heranbringt, die sich als schmaler Landstreifen in einer Länge von 97 Kilometer in lanfstem Wogen zwischen der Offsee und dem Kurischen Hoff bis nach Memel erstreckt.

Von Eranz aus geht es zunächst durch schönen Hochmoor, in dem — nach dem Bericht der Vogelwarte Kollitten — Wanderfalk, schwarzer Milan und Wulfsard brüten und früher Seeadler bauten. Möglich schimmert es weiß durch die Büsche: Das erste Rebrungsdorf Sarkan. Nach kurzer Rast in der Jugendberberge geht's weiter. Mit einem Male endet der Wald. Die Wüste umfängt uns, und rotets am Hoff beginnen die Wanderdünen. Eben noch das die-fällige Voben des Waldes, jetzt eine fast unheimliche Stille. Wir gehen den fast anliegenden Abhang der Wanderdüne hinauf. Das Auge verliert den Maßstab, weil es keine Vergleichspunkte findet. Nur Sand und immer wieder Sand! Dort die grüne, gekräufelte See, hier das blanke Hoff, in der Mitte die gelben Dünen, an denen Wind und Sturm unablässig weheln. Nach Stunden taucht der Roffitener Wald auf. Der Schatten der Bäume tut sich auf, das Möwenkreisel bei Kollitten ist in Sicht. Tausende von weißen Vögeln wehrlich fahrend durch die Luft und auf dem Wasserpiegel

find Scharen von Enten und Tauchern! Hier, an der natürlichen Brücke des Vogelzugs liegt die berühmte Vogelwarte, von Prof. Dr. Chienemann im Jahre 1901 gegründet.

Rönigsberg, Stadt im deutschen Land, wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so dicht beieinander wohnen, Mittler auf dem Wege zum Reich, Tor und Brücke zum Osten übertragt von dem festigsten Massio des wuchtigen Ordensstiftes. Durch einen engen Korridor gelangen mir in die Weite des Schloßhofes, der bei einem Rundgang die Geschichte des nahezu 700jährigen Baues ausplaudert. Auf der Pregelinsel befinden wir den alten gotischen Dom und an seiner Korofeite das Gedon al Zum a n u e l K a n t s. „Auf dem“ Judaspruch freut sich der neue Unerschalt das Denkmal des kleinen Magisters, das im Gesichtsausdruck Wohlwiltigkeit und Warmherzigkeit atmet und die Gestalt des Gelehrten als Vordenker darstellt, der seine eigene über Pflichtenfüllung verkörpert. Von der alten Unerschalt, in der Kant seinen Lehrstuhl innehatte, kommen mir noch wenigen Schritten zum alten Hafen, in das Gemirr der alten Speicher und lauschen dem Rhythmus der tätigen Arbeit, und dann am Renallanecbau der Börse vorbei zum neuen Hafen — neben Stettin, dem einzigen des deutschen Ostens, seitdem Danzig polnisch und Memel litauischem Einfluß unterworfen wurden.

Im südlichen Ostpreußen: Das Auge schaut kunstgeschwungene Hügelketten, über die Kriester und Buchenwälder rauschen. Gemaltige Weideflächen mit prächtigen Pferden und großen Rindern werden wachseln mit weiten Kornfeldern. Es grüßen fremdliche Dörfer, aus deren Wännen sich farblich die roten Türme alter Ordenskirchen heben. Es ist die Landchaft, in der sich die großen Schlachten des Weltkrieges abgepielt haben, Lauenberg und die Molaren-schlacht, von denen die jahllosen Grabkreuze noch heute Zeugnis ablegen. Bei Hohenstein, wo die Hauptkämpfe stattfanden, erhebt sich das Lauenbergdenkmal, dessen acht selbstgeschlossene Türme, dessen Ehrenhöhen und Erinnerungskämpfe zur Einheit mahnen im Sinne von Hindenburgs Hammerpruch:

Den Gefallenen zum ehrenden Gedächtnis,
den überlebenden zur ersten Mahnung,
den kommenden Geschlechtern zur Nachweisung.

Dann wieder nach Rorden. Wir gleiten auf schmuckem Motorflöß auf den Oberländischen Kanal hinauf bis nach Elbing, von wo uns die Marienburg, die größte und umfangreichste Burganlage des Abendlandes zur Weichsel ruft. Über Verburg und Mittelschloß, über Brückter und Hochmeisterpalast schmeigt sie sich zu der dreifach bebauten Hauptburg des Hochschloßes empor. Auf der Mitte zwischen Hoff und Weichsel, zwischen Elbing und Marienwerder gründete der Deutsche Ritterorden einst das Rogatkollon und schuf damit das mächtigste Tor, durch das deutscher Rittergeist, deutsche Kunst und deutsches Volkstum die Vande der Pruzen einströmten. Herrliche Räume durchschreitet man im Zentrum, große Kammern mit hohen hölzernen Sternengewölben, an granitene Pfeiler gestützt, überall vollendete Backsteingotik, baulicher Ausdruck einer herben, starken und edlen Ordensgemeinschaft.

Suletzt besuchen wir Danzig, die alte, deutsche, treue Stadt. Oft schon war sie in Gefahr. Auf Polen, Schweden, Rußen und Franzosen haben ihre Türme herab. Aber immer wußte sie sich stark zu halten, immer blieb sie deutsch. Auch jetzt wieder überherrscht fremde Macht diese Stadt. Aber wird man in St. Marien von der herrlichen Gotik umfungen und schmeift dort der Blick empor, dann weicht alle Verdriechtheit, dann scheint selbst die Begrenzung des gemaltigen Raumes des Gedankens, die sich zum Lobe deutscher Werte gefaltet, kein Halt mehr zu gebieten, dann wird man mit einem unerfütterlichen Glauben an die deutsche Zukunft dieser Stadt und dieses Landes erfüllt.

Walter Imbrügge, Stettin.

Glückliche Reise für Mutter und Kind!
Löst eine Spendenkarte



für die

